

„Für Branchenkollegen bietet A1 eine globale Lösung gegen Betrug an. Doch für Konsumenten gibt es derzeit keinen Schutz.“
 (Seiten 6/7)

AK-Konsumentenberater
 Mag. Paul Rusching



Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

facebook.com/akvorarlberg

www.ak-vorarlberg.at

Fraktionen einig im Kampf gegen die kalte Progression

Aus dem Inhalt

Der Ratgeber für Lehrlinge im Betrieb

Als Jugendvertrauensrat ist Fabian Hofer Anlaufstelle für die Lehrlinge der Firma Blum. Im Interview spricht er über seine Erfahrungen.

Seite 3

Seite 4

AK-Tipps zum Strom Sparen



Der Energiespar-Tipp in dieser Ausgabe: Wie sich Art und Größe Ihrer Kühlgeräte auf Ihre Brieftasche auswirken.

Seite 5

VKI: Gute Noten für neue Staubsauger

Die EU gibt vor: 1600 Watt, mehr darf ein Staubsauger nicht an Strom schlucken. Die Kandidaten im VKI-Test liegen sogar unter der Vorgabe.

Seite 8

Probleme im Urlaub? Kennen Sie Ihre Rechte!

Vieles kann im Urlaub schief gehen. Die Aktion gibt Ihnen wieder Tipps und erklärt Ihnen, welche Rechte Sie im Fall der Fälle haben.

Seite 9

Computer: Österreich schätzt sich falsch ein

Österreichs Computernutzer überschätzen ihre Kenntnisse am PC und schneiden in der Realität schlecht ab.

Seite 10

Aktivitäts- und Schlaf-Tracker gewinnen

Ihre Meinung wird belohnt: Unter allen Leserreaktionen verlost die Aktion einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit.

Seite 12



Neue Gefahr für Handybesitzer: Mit gestohlenen SIM-Karten verursachen Gauner Horror-Rechnungen. Die Opfer sind schutzlos, die AK fordert rechtliche Konsequenzen. Seiten 6/7

Urlaubsrecht

Damit Ihr Urlaub kein Horror-trip wird, hat die AK Vorarlberg Reisetipps zur Planung, Vorbereitung und zum richtigen Verhalten bei auftretenden Schwierigkeiten im Urlaub zusammengestellt. In der AK-Broschüre „Urlaubsrecht“, finden Sie alle Antworten zu den wichtigsten Fragen rund um das Thema Urlaub.



Telefon 050/258-8000,
 bestellen@ak-vorarlberg.at

Wettbewerbsposition der Industrie verbessert

Die Wettbewerbssituation der heimischen Industrie hat sich seit der Krise 2008 deutlich verbessert. Stagnierende Lohnstückkosten und steigende Exportpreise haben die Gewinnmargen der Betriebe erhöht.

Die Fakten sprechen für die heimische Industrie und das produzierende Gewerbe (ohne Bauwirtschaft). Laut einer Studie des deutschen Instituts für

Marktkonomie verzeichnen praktisch alle europäischen Länder höhere Lohnstückkostenzuwächse als Österreich und Deutschland. Das zeigt sich auch an der Betrachtung der Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe. Österreich hat trotz einer durchschnittlichen Jahressteigerung von 3,1 Prozent eine deutlich bessere Position als seine Hauptkonkurrenten am internationalen Markt halten können.

Arbeitskosten je Arbeitsstunde 2012

Schweden	44,0
Belgien	42,0
Dänemark	38,0
Frankreich	36,4
Deutschland	35,1
Finnland	33,8
Niederlande	32,8
Österreich	32,0
EA 17	30,5
Luxemburg	30,1
Irland	28,9
Italien	27,1
EU27	24,1
UK	22,7
Spanien	22,4
Griechenland	14,6
Slowenien	14,1

Euro je Stunde

Quelle: IMK

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

AK-Rechtsservice
 Tel. 050/258 oder
 05522/306

Betriebsreferat – 1500
 Info Arbeitsrecht – 2000
 Insolvenzrecht – 2100
 Sozialrecht – 2200
 Lehrlinge/Jugend – 2300
 Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
 Familie/Frauen – 2600
 Konsumentenschutz – 3000
 Steuerrecht – 3100
 AK Bregenz – 5000
 AK Dornbirn – 6000
 AK Bludenz – 7000

Kommentar von AK-Direktor Rainer Keckeis: „Entlastung nicht in Sicht“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der angeblich unabhängige Wirtschaftsexperte Ulrich Schuh bringt es auf den Punkt: „Ich sehe null Spielraum für irgendwelche Zuckerln oder Entlastungsschritte.“ Damit meint er natürlich nicht die Steuerprivilegien für die Großverdiener oder Grundbesitzer – nein, ihm geht es vor allem um die Masse der Steuerzahler. Die sollen weiter blechen, damit es jene gut haben, die eh schon zu viel haben aber immer der Meinung sind, sie kämen zu kurz. Diese Position teilt Schuh auch mit anderen, direkt oder indirekt von Aufträgen der Wirtschaft abhängigen „unabhängigen“ Experten. In auffällender Re-

gelmäßigkeit wird medial verbreitet, dass es eigentlich den Wohlhabenden in diesem Lande schlecht geht und deren Belastung nicht mehr tragbar wäre. Für jeden Durchschnittsverdiener eine Provokation. Während der Mittelstand in Richtung Armutsgefährdung abrutscht, lobbyieren die Vermögenden massiv gegen jeden gerechten Beitrag ihrerseits. Das ist aus ihrer Sicht gesehen noch einigermaßen verständlich. Völlig unverständlich aber ist, dass sich politische Parteien vor diesen Karren spannen lassen. Da kommt auch keine Schadenfreude auf, wenn jene Parteien, die sich von den Vermögenden instrumentalisieren lassen, in der Wählergunst massiv verlieren. Denn was an neuen politischen Be-

wegungen nachkommt, ist alles andere als arbeitnehmerfreundlich. Das erfüllt mich mit Sorge, weil letztlich der wirtschaftliche Erfolg unseres kleinen Landes im harten Wettbewerb am Weltmarkt nicht zuletzt auch auf einer Politik des sozialen Ausgleichs basiert. Unsere Lebensqualität im weitesten Sinne funktioniert nur deshalb und so lange, wie alle Gruppierungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zum Allgemeinwohl beitragen. Dass sich gerade die Vermögenden zunehmend aus diesem Grundkonsens verabschieden wollen, ist kurzsichtig und steht auch in fundamentalem Widerspruch zu unserer sozialpartnerschaftlichen Kultur der Nachkriegszeit. Selbstverständ-

lich kann ein Unternehmer in einem System ohne rechtlichen Schutz für die Arbeitnehmer, ohne Umweltauflagen, ohne demokratische Entscheidungsstrukturen, ohne Gewerkschaften und so weiter mehr verdienen als bei uns. Nachhaltig aber sind derartige Systeme nicht, wie Entwicklungen in den Schwellenländern zeigen. Wer das aber trotzdem will, der soll am Besten nicht nur mit seinen Betrieben und Steuersitzen, sondern gleich mit seiner ganzen Familie in diese Länder ausweichen. Wer Globalisierung und Flexibilität laufend als Allheilmittel propagiert, wird damit sicherlich auch kein Problem haben.

„Wer nur in Billiglohnländer abwandert, soll seine Familie gleich mitnehmen.“

AK-Direktor Rainer Keckeis

Impressum



Die Vorarlberger Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, presse@ak-vorarlberg.at

Offenlegung gemäß § 25 Medien-gesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm

Redaktionsleitung: Dietmar Brunner, Stephanie Scherrer

Grafik: Baschnegger Ammann und Partner

Fotografie: Georg Alfare, Jürgen Gorbach, Dietmar Wälsler, Fotolia

Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Leserforum

Ein Dank an Franz Josef Köb

Aktion April 2014: Neue Vorträge der Reihe „Wissen fürs Leben“

Ich möchte Herrn Dr. Franz Josef Köb im Namen aller, wie ich begeisterten Zuhörer(innen), welche die so wertvollen Vorträge der wirklich renommierten Referent(innen) bei der Arbeiterkammer kostenlos besuchen dürfen, ein besonderes Dankeschön aussprechen. Eine tolle Errungenschaft,

sehr geehrter Herr Doktor Köb – auch für ganz einfache, normalsterbliche Bürger(innen) so ausgesprochen gute Referent(innen) zu organisieren und in Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer Vorarlberg uns die Möglichkeit, neue, gute Visionen und positive Anregungen für die verschiedensten „Lebenthemen“ zu bekommen, geben. Ich freue mich schon, weitere Vorträge von so ausgesprochen ausgezeichneten Referent(innen) besuchen zu dürfen.
Ingrid Grasbon, Bludenz

Spürbare Aufwertung der Gehälter

Aktion April 2014: Gehaltssituation der Kindergartenpädagoginnen

Es ist schlichtweg skandalös, wie wenig einzelne Sparten im Berufsleben am Ende des Monats auf ihrer Lohnabrechnung vorfinden. Daher ist die Arbeiterkammer als größte Interessenvertretung der Arbeitnehmer dringend gefordert, diesem Unwesen mit aller Kraft und über alle Parteigrenzen hinweg Einhalt zu gebieten und dies auch durchzusetzen. Es darf nicht sein, dass in Österreich Arbeitnehmer, die den ganzen Monat hart gearbeitet haben, nicht einmal das verdienen, was sie im Monat für Miete und Leben benötigen. Im Herbst stehen wieder Lohnerhöhungen an und werden auch teilweise mittels Streikandrohung durchgesetzt. Von der Gehaltserhöhung kassiert allerdings der Fiskus den größten Teil. Die Steuereinnahmen steigen in Milliardensummen und dem Arbeiter wird nicht einmal die Inflation abgegolten. Zudem wird auch der Arbeitgeber infolge höchster Lohnkosten immer

weniger wettbewerbsfähig. Wenn es nicht gelingt, diesem unseligen Treiben Einhalt zu gebieten, steigt die Armut auch im Ländle rapide an. Deshalb nochmals die Aufforderung an die AK über alle Parteigrenzen hinweg: Machen Sie Druck und unternehmen Sie alles, was in ihrer Macht steht, um dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu bereiten!
Thomas Koschat, Dalaas

freuen wenn Sie dieses Diagramm noch mit Wäschetrocknern ergänzen würden. Vielen Dank!
Thomas Embacher, Lauterach

Verlosung unter allen Einsendern

Liebe Leser, wegen der vielen Zusendungen war es uns leider nicht möglich, alle erhaltenen Beiträge zu veröffentlichen.



Den Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit im Wert von rund 100 Euro aus der letzten AKtion hat Thomas Embacher aus Lauterach gewonnen.

Wir gratulieren!



„Mit reda kond d'Lüt zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

13. Mai von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle



Stark für Sie.

www.ak-vorarlberg.at

Dank für den Energiespartipp

Aktion April 2014: Energiespartipp zum Energieeffizienzlabel

Vielen Dank für die gute Darstellung der Energieeffizienzklassen. So ist klar ersichtlich, dass es nicht unbedingt Sinn macht, Geräte mit der höchsten Effizienzkategorie anzuschaffen. Für die letzten paar Prozentpunkte dürfte sich in einigen Fällen der finanzielle Aufwand nicht lohnen. Ich würde mich

Haben auch Sie etwas zu sagen? Wir freuen uns auf Ihre Zuschrift: leserbrief@ak-vorarlberg.at

MOFF HADERER in AKtion www.onlinemoff.at



Ausstellung in der AK: „Schuld(en)gefühle“

Über 40.000 Personen haben seit der Gründung der ifs Schuldenberatung vor über 25 Jahren die Unterstützung und Beratung in Anspruch genommen. Hinter dieser Zahl stehen Frauen, Männer und ganze Familien. In der Beratung geht es nicht nur um Zahlen und Schulden, vielmehr wird auch über Gefühle wie Sorgen, Ängste und Nöte, die durch Schuldenprobleme ausgelöst werden, geredet. Gemeinsam mit Studierenden der Fachhochschule Vorarlberg, Soziale Arbeit, wurde die Ausstellung „Schuld(en)gefühle“ konzipiert und umgesetzt. Dabei wird die Situation der Betroffenen vor, während und nach der Beratung dargestellt. Die Ausstellung kann bis Dienstag, den 27. Mai, werktags von 8 bis 18 Uhr im Foyer der AK Feldkirch besichtigt werden.

AOL warnt Nutzer vor gehackten Konten

Der Internetanbieter AOL hat Nutzer vor gehackten E-Mail-Konten gewarnt. Eine „signifikante Zahl an Nutzern“ sei betroffen. Es gebe bislang keine Hinweise darauf, dass vertrauliche Informationen an Dritte gelangt seien. Nutzern wird jedoch empfohlen, Passwörter und Sicherheitsfragen zu ändern.

AK-Vollversammlung: Steuergerechtigkeit und Höchstarbeitszeit als Schwerpunkte

„Das Ungleichgewicht ist bei uns besonders ausgeprägt“

Die arbeitenden Menschen in Österreich werden besonders belastet: Durch ein sozial ungerechtes Steuersystem und jetzt soll auch noch die Arbeitszeit ausgeweitet werden. Den Arbeitnehmern entgehen mehrere Milliarden Euro Lohn.

Derzeit spielt die Politik den Unternehmern mehr in die Hände als in die Hände der Arbeitnehmer, kritisiert AK-Präsident Hubert Hämmerle das

ab. Auf der ersten Vollversammlung der neuen Periode – das Arbeitnehmerparlament tritt am 6. Mai zusammen – wird ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zur Beibehaltung der Höchstarbeitszeit von zehn Stunden beschlossen. Arbeitszeitgestaltung darf auch weiterhin nur auf der Basis von Kollektivverträgen erfolgen, so die klare Botschaft. Eine einseitige Flexibilisierung zu Lasten der Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeit auf Abruf wird strikt

„Eine Milliarde Euro, die sich die Arbeitgeberseite einsparen würde, eine Milliarde, die dem Inlandskonsum entzogen würde, sich damit auch arbeitsplatzvernichtend auswirken würde und der Konjunkturanfurbelung fehlt“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle.

Weg mit kalter Progression!

„Auch beim Steuersystem ist das Ungleichgewicht zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen in Österreich besonders ausgeprägt“, zieht Hämmerle einen Vergleich mit anderen Ländern. Für die Wirtschaft gibt es eine Reihe Vergünstigungen, bei den Arbeitnehmern hingegen langt der österreichische Fiskus schon auf niedrigem Einkommensniveau mit einem sehr hohen Steuersatz zu (siehe Grafik). Ab 11.000 Euro müssen für jeden verdienten Euro mindestens 36,5 Prozent an Lohnsteuer abgegeben werden. Lohnerhöhungen frisst die kalte Progression zu einem großen Teil auf. Hämmerle: „Seit der letzten Steuerreform 2008 summierte sich die kalte Progression auf 2,65 Milliarden Euro, jedes Jahr steigt sie um rund 500 Millionen Euro, die den Arbeitnehmern fehlen.“

Die AK Vorarlberg lässt deshalb nicht locker, ein gerechteres Steuersystem zu fordern.

Zahlreiche Anträge

Auf der umfangreichen Tagesordnung der AK-Vollversammlung stehen zahlreiche Anträge. Die meisten thematisieren Besteuerung (kalte Progression), Arbeitszeit und Bildung. Daneben wird unter anderem gefordert,

- die Ergebnisse amtlicher Lebensmittelkontrollen allen Konsumenten zugänglich zu machen und die Namen beanstandeter Betriebe zu veröffentlichen,
- Landes- und Gemeindebedienstete beim Austritt während der Karenz gleichzustellen – außerdem soll ihnen geringfügige Beschäftigung während der Karenz ermöglicht werden,
- Sparmaßnahmen im Bereich Bildung ausschließlich im Verwaltungsbereich zu setzen und bei der Zuteilung von Mitteln die soziale Herkunft der Schüler zu berücksichtigen,
- die Konsumenten besser vor Handy-Horrorrechnungen zu schützen (lesen Sie dazu den Schwerpunkt auf den Seiten 6/7),
- dass Leiharbeiter nach einer mindestens sechsmonatigen Überlassungsdauer einen Anspruch auf Übernahme ins Stammpersonal haben.

„Durch die kalte Progression sind seit der Steuerreform 2008 die Arbeitnehmer um 2,65 Millionen Euro umgefallen.“

AK-Präsident Hubert Hämmerle



Ungleichgewicht. Schon jetzt ist Österreich bei der Arbeitszeit das flexibelste Land in Europa, vor allem der Industriellenvereinigung reicht das immer noch nicht. Zehn Stunden beträgt die festgesetzte Höchstarbeitszeit pro Tag. Diese Beschränkung sei in einer globalisierten Welt nicht tragbar.

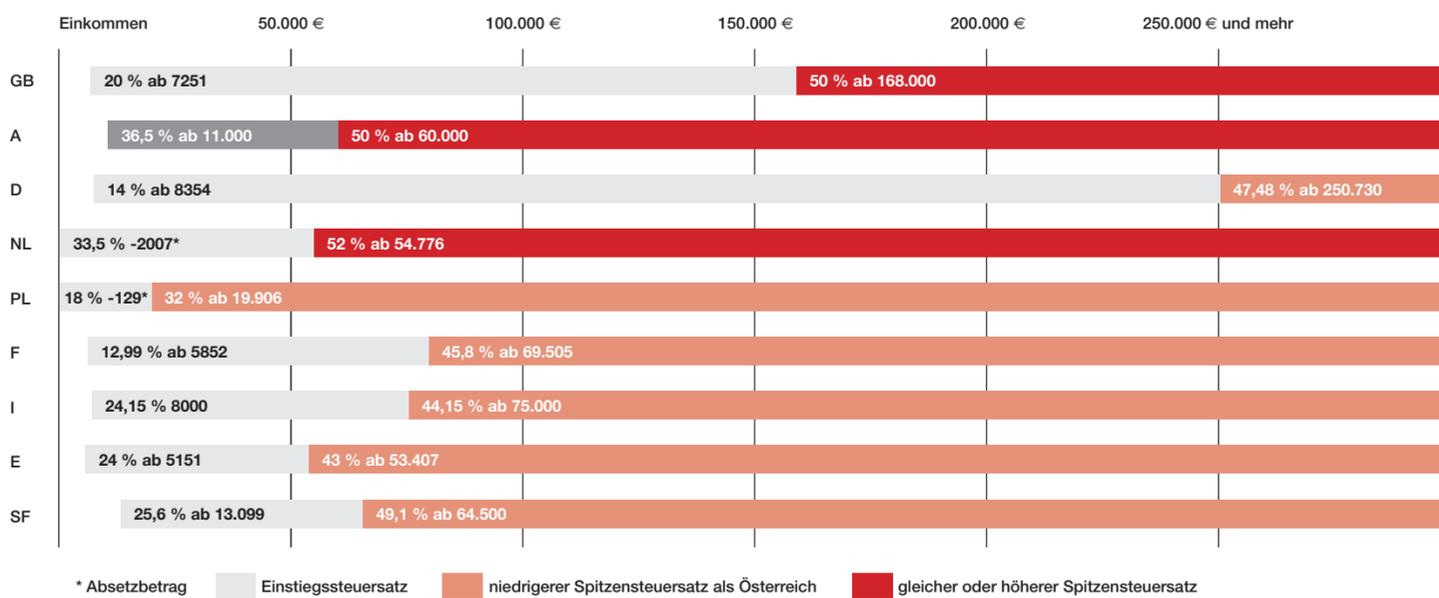
Gegen generellen 12-Stunden-Tag
Einen generellen 12-Stunden-Arbeitstag, wie er der Wirtschaft vorschwebt, lehnt die AK Vorarlberg vehement

abgelehnt. Denn: Die Verlängerung auf zwölf Stunden wäre ein Mittel, einen Teil der Überstundenzahlungen wegzubringen.

Maßnahme kostet eine Milliarde

Anstatt die arbeitenden Menschen zu entlasten, soll ihnen auf diesem Weg einmal mehr Geld aus der Tasche gezogen werden. Das Sozialministerium berechnete, dass die Arbeitnehmer ohne Vergütung der Überstunden um eine Milliarde Euro umfallen würden.

Einkommenssteuertarife in ausgewählten EU-Ländern



Klientelpolitik des Finanzministeriums

Das Finanzministerium plant offenbar ein großzügiges Steuerzuckerl für die Betreiber großer Photovoltaik-Anlagen. Bisher galt für den Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Strom bis zu 5000 Kilowattstunden eine Befreiung von der Elektrizitätsabgabe. Davon profitieren vor allem Einfamilienhäuser mit Photovoltaikanlagen mit einer Leistung bis zu 5 Kilowatt peak. Künftig soll diese Befreiung für Anlagen von bis zu einer Leistung von 25 Kilowatt gelten. Dazu braucht es Flächen bis zu 250 Quadratmeter. Es geht offensichtlich nicht um den oft zitierten kleinen Häuslebauer, sondern um Großflächen wie in landwirtschaftlichen Betrieben oder im Gewerbe. Nach Berechnung der AK Wien könnte das zu einem Steuerausfall von rund zwei Millionen Euro jährlich führen: Das ist ein glatter Fall von Klientelpolitik, wie er in jüngster Zeit gehäuft im Finanzministerium vorkommt.

Energieausweis: Wirkung fraglich

Die praktischen Auswirkungen des umstrittenen Energieausweises für Gebäude sind fragwürdig. Seit 2012 steht die Nichtvorlage des Energieausweises beim Verkauf oder Vermietung von Häusern oder Wohnungen unter Strafe. Trotz dieser gesetzlichen Vorschrift wurde die Nichtvorlage eines Energieausweises noch nie bestraft. Es ist bis heute einzig ein Fall bekannt, in dem eine Klage mit einem Vergleich beendet wurde.

Höchste Inflation in der Euro-Zone

Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken sowie die Mietpreise und die Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer waren hauptverantwortlich, dass die Inflationsrate in Österreich im März um 1,6 Prozent angestiegen war, so Statistik Austria. Damit wies Österreich die höchste Teuerungsrate innerhalb der Euro-Zone auf. Preisdämpfend wirkte im Jahresabstand vor allem die Ausgabengruppe Bekleidung und Schuhe aus.

Wirtschaftswachstum bleibt moderat

Europa kann mit einem leichten Anstieg der Wirtschaftskraft in diesem Jahr und 2015 rechnen. Nach einer Projektion der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wächst das Bruttoinlandprodukt in den 21 EU-Ländern der Organisation um 1,4 Prozent 2014 und um 1,9 Prozent 2015. Das geht aus einer OECD-Studie hervor. Österreichische Wirtschaftsforscher prognostizieren unserem Land ein Wachstum von 1,7 Prozent für 2014.

Kurz gemeldet ...

► **Die eigenen vier Wände** sind ein gefährlicher Ort: Pro Jahr müssen rund 1500 Vorarlberger nach einem häuslichen Unfall stationär in einem Krankenhaus behandelt werden. ► **Die E-Card** wurde nach Angaben der Vorarlberger Gebietskrankenkasse im abgelaufenen Jahr in den heimischen Ordinationen rund 390.000 Mal pro Monat verwendet. Zum Vergleich: 2007 wurde sie 305.000 Mal vorgelegt. ► **Amerikanische Forscher** haben hochgerechnet, dass sich die Fettleibigkeit bei Kindern im späteren Leben mit medizinischen Mehrkosten von 14.500 Euro auswirkt.

„Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Vorarlberg“ vorgelegt

Teilzeitarbeit steigt – für Existenz zu wenig

Zum vierten Mal liegt ein „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Vorarlberg“ vor.

Land, ÖGB und AK Vorarlberg sind die Herausgeber, die bereits seit 1998 bei frauenpolitischen Themen eng zusammenarbeiten. Was hat sich seit dem letzten Bericht geändert? Die Erwerbsquote der Frauen ist auf 68,5 Prozent gestiegen. Das ist vor allem auf Teilzeitarbeit zurückzuführen. Vorarlberg bleibt das Bundesland mit dem höchsten Anteil an geringfügig Beschäftigten. Ein zwiespältiges Schwert: eigenes Einkommen, aber selten existenzsichernd.

Ambivalenz aus guter und schlechter Nachricht auch in anderen Bereichen: 80 Prozent der pflegebe-

dürftigen Menschen im Land werden zuhause betreut, geleistet wird diese Arbeit zu 78 Prozent von weiblichen Angehörigen. Die Kehrseite sind Doppel- und Mehrfachbelastungen für diese Frauen.

Klassische Rollenbilder

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Bildung gehören seit 20 Jahren der Vergangenheit an, seit mehr Mädchen als Buben maturieren. Was den weiteren Weg angeht, herrschen weiterhin die klassischen Rollenbilder vor. Typisch Männerberuf, typisch Frauenberuf – sie erklären Einkommensunterschiede, jedoch nur zum Teil.

Bericht zum Herunterladen: bit.ly/gleichstellungsbericht2014



Gemeinsam an einem Strick ziehen – die Studie beleuchtet Wunsch und Wirklichkeit.

Eine wichtige Anlaufstelle für Lehrlinge im Betrieb: der Jugendvertrauensrat

Fabian Hofer: „Sind vor allem Ratgeber und Streitschlichter“

Im Betrieb sind sie die Ansprechpersonen der Lehrlinge: die Jugendvertrauensräte. Im April trafen sich mehrere von ihnen zur Arbeitsrechtsschulung in der AK Vorarlberg. Die AKtion hat sich bei dieser Gelegenheit mit Fabian Hofer unterhalten. Er ist Jugendvertrauensrat bei der Julius Blum GmbH in Höchst.

Wie bist du Jugendvertrauensrat geworden?

Fabian Hofer: Das war vor drei Jahren. Damals suchte der Jugendvertrauensrat neue Mitglieder. Ich habe mir dann überlegt: Könnte das etwas für mich sein? Ich habe auch mit Jugendvertrauensräten geredet und die haben mir die verantwortungsvollen Aufgaben aus ihrer ganz persönlichen Sichtweise geschildert. Das hat mir sehr gut gefallen und daraufhin habe ich mich dann vorgestellt. So wurde ich Jugendvertrauensrat.

Und was sind deine Aufgaben? Womit hast du als Vertrauensrat im Berufsalltag zu tun?

Wir sind Hauptansprechpartner für die Lehrlinge und eine Schnittstelle zwischen der Ausbildungsleitung und den Jugendlichen. Wir versuchen uns dort gut einzubringen, um für jede „Herausforderung“ die passenden Lösungen zu finden. Bei Missverständnissen versuchen wir zu vermitteln und uns als Ratgeber einzubringen. Das macht eigentlich am meisten Spaß: Wenn junge Kollegen mich in dieser verantwortungsvollen Position kontaktieren, um Rat bitten und ich ihnen weiterhelfen kann.

Warum kommen die Lehrlinge zu dir als Vertrauensrat?

Ich denke mit Gleichaltrigen redet es sich einfach leichter. Meistens ist es nämlich der Lehrling, der mit einem

Anliegen zu mir kommt. Ich schlage dem Jugendlichen dann oft vor, erst einmal selbst aktiv zu werden. Ich gebe ihm einige Tipps für eine erfolgreiche Aussprache und bitte ihn um Feedback, wie das Gespräch gelaufen ist. Wenn es nicht zufriedenstellend war, bringe ich mich als Vermittler ins gemeinsame Gespräch zwischen Ausbilder und Lehrling ein. Es ist immer wieder spannend, sich dieser Aufgabe zu stellen. Die Erfahrungen daraus bringen mich auch in meiner persönlichen Entwicklung weiter, stärken mein Selbstbewusstsein und geben mir Einblick in die unterschiedlichsten Bereiche des Unternehmens und über die Belange, die meine Kollegen beschäftigen.

Welchen Stellenwert haben die Jugendvertrauensräte im Betrieb? Nimmt man euch ernst?

Ja, wir werden ernst genommen - von den Lehrlingen aber auch von der Ausbildungsleitung. Unsere Aufgaben sind klar definiert und auch an die jungen Mitarbeiter kommuniziert. Wir werden als Vertreter ihrer Interessen akzeptiert und auch direkt von ihnen kontaktiert. Denn wir Jugendvertrauensräte bieten mehr als nur Vermittlung. Bei uns können zu den unterschiedlichsten Themen Informationen abgerufen und wertvolle Tipps eingeholt werden – das sind für mich alles schöne und gute Gründe, mich in diesem Amt zu engagieren. Es kommt auch vor, dass Lehrlinge sich einfach auf Augenhöhe austauschen möchten, wenn sie wissen wollen, wie sie in einer bestimmten Situation oder auf eine Person reagieren sollen oder einmal auch eine berufliche Orientierungshilfe brauchen.

Der Jugendvertrauensrat ist mittlerweile eine wichtige Anlauf- und Beratungsstelle geworden.



Als Jugendvertrauensrat ist Fabian Hofer Ratgeber und manchmal Streitschlichter für die Lehrlinge bei der Firma Blum in Höchst.



Die Jugendvertrauensräte auf der Arbeitsrechtsschulung in der AK Vorarlberg.

Absolut. Ich glaube – vor allem in großen Betrieben wie beim Blum – ist der Jugendvertrauensrat beziehungsweise der Betriebsrat eine wertvolle Einrichtung, um die Interessen von Ar-

beitnehmer und Arbeitgeber auf einen „erfolgreichen“ Nenner zu bringen. Das hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun, die der Betrieb den Mitarbeitern gegenüber entgegenbringt.

AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Damit eröffnen sich sowohl für die Lehrlinge als auch für die Betriebe eine Menge Vorteile.“

Erste Absolventen: Lehre mit Matura

Das Vorarlberger Lehrlingsmodell „Lehre mit Matura“ hat seine ersten Absolventen. Im April wurden erstmals 19 Lehrlingen ihre Gesamtzeugnisse verliehen.

Sie haben es geschafft. 19 Lehrlinge haben im April ihre Gesamtzeugnisse erhalten und damit nicht nur ihren Lehrabschluss in der Tasche, sondern auch die Berufsreife. Diese 13 jungen Frauen und sechs Burschen sind die ersten Lehrabsolventen, die das Vorarlberger

Lehrlingsmodell „Lehre mit Matura“ erfolgreich abgeschlossen haben. Ihre Berufe: Bürokauffrau, Konstrukteur, Konditorin, Elektroniker, Verwaltungsassistentin, Informationstechnologie und noch mehr. Das Spektrum ist breit und zeigt: Das Ausbildungsmodell ist nicht an eine spezifische Berufsparte geknüpft. Im Gegenteil. Es ermöglicht den Lehrabsolventen aus verschiedensten Berufsparten den Zugang zum Studium. „Mit der Berufsreifeprüfung während der Lehrzeit eröffnen

sich sowohl für die Lehrlinge als auch für die Betriebe eine Menge Vorteile. Die Auszubildenden erlangen neben dem praktischen und theoretischen Fachwissen auch eine allgemeine, höhere schulische Ausbildung und die Unternehmen profitieren von bestens geschulten Mitarbeitern, die in einem breiten Arbeitsbereich einsetzbar sind“, freut sich AK-Präsident Hubert Hämmerle über den Erfolg des Modells.

In fünf Jahren zum Abschluss

Das Lehrlingsmodell „Lehre mit Matura“ ist eine Initiative vom Land Vorarlberg, der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer. Im Zeitraum von fünf bis sechs Jahren kann die Lehre mit Matura abgeschlossen werden. Das Modell baut auf eine Kooperati-

on zwischen Betrieben, Berufsschulen, höheren Schulen sowie Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

In Tages- und Abendkursen erwerben die Lehrlinge die notwendigen Kenntnisse in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch sowie wahlweise in den Fachbereichen Wirtschaftsinformatik beziehungsweise Betriebswirtschaft und Rechnungswesen.

Modell „Lehre mit Matura“

Du interessierst dich ebenfalls für eine Lehre mit Berufsreife? Die Experten der AK-Lehrlings- und Jugendabteilung beraten dich gern. Telefon: 050/258-2300 oder lehrlingsabteilung@ak-vorarlberg.at



Die Teilnehmer der Volkshochschule Bludenz mit Landesrätin Dr. Bernadette Mennel (links), dem Direktor der Tourismusschulen Bludenz Mag. Klaus Mähr (Dritter von rechts) und dem Direktor der Berufsschule Bludenz Bertram Summer (rechts).



Die Teilnehmer der Volkshochschule Bregenz ebenfalls mit Landesrätin Dr. Bernadette Mennel (links), dem Direktor der Berufsschule Bludenz Mag. Klemens Voit (Siebter von links) und dem Landeskoordinator der VHS-Bregenz Dr. Michael Grabber (rechts).

Lehrlingstipp

Praktikum im Gastgewerbe

Viele Schülerinnen und Schüler müssen auf Grund ihres Schullehrplanes ein Pflichtpraktikum – wie etwa jene einer höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe – absolvieren. Der hier anzuwendende Kollektivvertrag für das Hotel- und Gastgewerbe sieht in diesem Fall vor, dass als Praktikumslohn die Lehrlingsentschädigung des dritten Lehrjahres ausbezahlt ist. Ebenfalls besteht bei einem mindestens zweimonatigen Pflichtpraktikum im Gastgewerbe ein Anspruch auf Auszahlung der anteiligen Sonderzahlungen. Zudem wird in dieser Zeit ein anteilmäßiger Urlaubsanspruch erworben, der entweder im Rahmen des Praktikums verbraucht werden kann oder mit der Endabrechnung abgegolten werden muss. Ist der Praktikant über 18 Jahre alt, dürfen Überstunden geleistet werden. Diese müssen allerdings ebenfalls abgegolten werden. Um die Anzahl der geleisteten Überstunden feststellen zu können, empfehlen wir, die Arbeitszeiten selbst mitzuschreiben. Zu beachten ist übrigens, dass bei einer Praktikumsstelle im Ausland, die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen des Gastlandes anzuwenden sind.



Christine Raggli

Informationen und Beratung: www.akbasics.at

Schüler besuchen die AK Vorarlberg

Wieder hatte die AK Vorarlberg in ihrer Geschäftsstelle in Feldkirch Besuch von vielen Schülern sowie deren Lehrern. Der Leiter der Lehrlings- und Jugendabteilung, Mag. Marcus Mayer, erläuterte ihnen die zahlreichen Serviceleistungen sowie den Aufbau und die Struktur der Arbeiterkammer.



Die Schüler des Bäuerlichen Schul- und Bildungszentrums.



Die Schüler der Handelsakademie Bregenz zu Besuch in der AK.



Die Schülerinnen des Gymnasiums Riedenburg in Bregenz.



Die Schülerinnen der Polytechnischen Schule in Bregenz.

Die AK informiert und hilft: AKtion-Serie übers Energiesparen zuhause

AK hilft gegen Stromfresser, der aus der Kälte kommt

Kaum ein anderes Gerät im Haushalt kann derart zum Energiesparen anregen wie der Kühlschrank und andere Kühl- und Gefriergeräte. Um ihr Sparpotenzial geht es in dieser Folge unserer Serie in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Strom -17%“.

Die Experten der Arbeitsgruppe geben den Lesern der AKtion konkrete Tipps, wie sie in ihrem Haushalt ohne

Komfortverlust bares Geld bei den Energiekosten sparen können. Dipl.-Ing. (FH) Helmut Burtscher ist Leiter Gebäudetechnik und Energieservice bei den Illwerke Vkw, er hat für diese Folge die Kühl- und Gefriergeräte unter die Lupe genommen. Sie zählen zu den großen Stromverbrauchern: „Das Sparpotenzial begründet sich vor allem darauf, dass der Kühlschrank rund um die Uhr in Betrieb ist. Entsprechend



Dipl.-Ing. (FH) Helmut Burtscher

haben die Anschaffung eines sparsamen Geräts und die optimale Nutzung und Bedienung nachhaltigen Effekt. Deshalb sollten Sie bereits beim Kauf unbedingt auf den Energieverbrauch des neuen Geräts achten. Auch die Wahl des Standorts, die richtige Nutzung

sowie die laufende Wartung können den Energieverbrauch und damit die Kosten niedrig halten.“ Eine ganze Reihe nützlicher Details für Ihre Entscheidung lesen Sie unten.

„Strom -17%“ hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Stromverbrauch der Haushalte um 17 Prozent zu reduzieren. Die AK Vorarlberg unterstützt dieses Anliegen im ureigensten Interesse der Konsumenten.

Was Sie bei der Größe der Geräte und im täglichen Gebrauch beachten sollten

Überlegtes Kühlen spart viel Geld

Die richtige Wahl

Für den Energieverbrauch ist entscheidend, dass die Geräte exakt auf Ihren Bedarf abgestimmt sind. Ein 200-Liter-Kühlschrank, der nur zu einem Drittel gefüllt ist, verbraucht unnötig viel Strom. Falls der Kühlschrank zu klein geworden ist, nicht einen zweiten gleicher Größe dazukaufen, sondern besser gleich einen Größeren. Ein großes Gerät ist in der Regel sparsamer als zwei kleine Geräte. Überlegen Sie beim Kauf eines Kühlschranks auch, ob Sie ein integriertes Gefrierfach benötigen: Ein Kühlschrank mit Sternefach (mindestens 3 Sterne) macht bei nicht vorhandenem Gefriergerät, oder wenn Sie nur kurz lagern, Sinn. Sie können auf das Sternefach verzichten, wenn bereits ein Gefriergerät vorhanden ist.

Die richtige Kühlschrankgröße



Die Gerätgröße hängt von der Personenanzahl ab.

Für einen Sinle-Haushalt ist ein Kühlgerät mit 100 bis 140 Liter Nutzinhalt ausreichend. In Mehrperson-Haushalten werden pro Person zirka 50 bis 60 Liter gerechnet. Die richtige Größe von Gefrierschrank beziehungsweise -truhe:

- bei kleinen Vorratsmengen: zirka 50 bis 70 Liter Nutzinhalt pro Person
- bei großen Vorratsmengen: zirka 90 Liter Nutzinhalt pro Person

Bei der Wahl, ob Gefrierschrank oder Gefriertruhe, beachten Sie bitte, dass Gefriertruhen mit Abstand am wenigsten Strom verbrauchen. Die sparsamste Gefriertruhe liegt im Stromverbrauch etwa 30 Prozent unter dem sparsamsten Gefrierschrank. Moderne Truhen sind auch sehr komfortabel bedienbar.

Achtung: A+ ist nicht positiv

Die Energieeffizienzklasse A+++ steht für besonders effiziente Kühlgeräte, A++ für mäßige Effizienz. Geräte mit A+ oder A sollte man meiden. A+++-Gefriergeräte verbrauchen rund 50 Prozent weniger Strom als A+-Geräte. Ein Top-Gefriergerät der Effizienzklasse A+++ mit rund 280 Liter Nutzinhalt spart während seiner 15-jährigen Nutzungsdauer fast 600 Euro Stromkosten gegenüber einem typischen Neugerät (Effizienzklasse A+) beziehungsweise weit über 1000 Euro gegenüber einem Altgerät.

Mit kühlem Kopf Energie sparen

Einige Tipps, wie Sie mit Ihrem Verhalten beim Gebrauch von Kühlgeräten Energie sparen können:

- Der richtige Standort spart Energie: Stellen Sie Ihr Kühl- oder Gefriergerät an einem möglichst kühlen, trockenen und gut belüfteten Ort auf. Es sollte niemals in der Nähe einer Wärmequelle, wie einem Ofen oder einer Heizung, stehen. In Haushalten mit großem Platzbedarf fürs Kühlen und Gefrieren ist es überlegenswert, in der Küche den Kühlschrank, ohne Gefrierfach, aufzustellen und die Gefriertruhe im kühlen Keller zu platzieren. Jedes Grad Umgebungstemperatur weniger spart bis zu sechs Prozent Strom!
- Lebensmittel abkühlen: Stellen Sie nur bereits abgekühlte Lebensmittel in den Kühlschrank oder die Gefriertruhe. Lassen Sie Gefrorenes im Kühlschrank auftauen. Bewahren Sie Lebensmittel geschlossen oder verpackt auf. Unverpackte Ware trocknet aus und die Feuchtigkeit schlägt sich als Eis im Gerät nieder.
- Kühl- und Gefriergeräte nur kurz öffnen: Wenn Sie Ihr Kühl- oder Ihr Gefriergerät so wenig und so kurz wie möglich öffnen, vermeiden Sie ein Ansteigen der Innenraumtemperatur.
- Temperaturempfehlungen einhalten: Je niedriger die Temperatur im Innenraum des Kühlschranks ist, desto höher ist der Stromverbrauch. Jedes Grad weniger verbraucht 8 bis 10 Prozent mehr Strom. (Empfohlen: Kühlteil 6 bis 8 Grad Celsius; Gefrierfachteil -18 Grad Celsius). Überprüfen Sie die Temperatur mit Hilfe eines Thermometers.
- Regelmäßiges Enteisen und Reinigen hilft, Energie zu sparen. Das gilt speziell für ältere Kühl- und Gefriergeräte, die noch keine Abtauautomatik haben. Reinigen Sie auch die Türdichtung mit klarem Wasser und überprüfen Sie, ob sie noch funktionstüchtig ist. Wechseln Sie undichte Türisolierungen so schnell wie möglich aus. Spätestens, wenn das Eis den inneren Wärmetauscher an der Rückwand bedeckt, wird es Zeit zum Abtauen, sonst steigt der Stromverbrauch.
- Ferien für den Kühlschrank: Wenn Sie sich eine Auszeit nehmen, dürfen Sie Ihrem Kühlschrank ruhig auch eine gönnen. Stellen Sie ihn auf die niedrigste Stufe oder ganz ab. Falls Sie Letzteres tun, vergessen Sie nicht, die Tür offen stehen zu lassen. So kann die Restfeuchtigkeit entweichen und es bildet sich kein Schimmel.

Reparatur oder Neukauf?

Für die Reparatur eines Kühl- beziehungsweise Gefriergeräts gilt folgende Regel: Bei einem vierjährigen Gerät sollten die Reparaturkosten maximal 50 Prozent des Kaufpreises betragen (6 Jahre maximal 30; 8 Jahre maximal 15 Prozent). Vorher einen Kostenvoranschlag einholen! Besonders bei älteren Kühlgeräten lohnt sich ein Stromcheck. Ihr Stromversorger oder Energieberater stellt Ihnen gerne ein Stromverbrauchsmessgerät zur Verfügung. Die erfassten Messwerte tragen Sie in die Tabelle ein, die Sie zusammen mit dem Messgerät erhalten. Aus der Differenz zum Verbrauchswert besonders sparsamer Geräte können Sie das Sparpotenzial ermitteln oder direkt unter www.topprodukte.at mit den besten Kühl- und Gefriergeräten vergleichen.



Weiberkram

Frauensache Gesundheit



Univ.-Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

Trotz aller Mehrfachbelastung durch Berufs-, Haushalts- und Betreuungspflichten sind Frauen auch die „Gesundheitsministerinnen“ der Familien. Sie sind es, die beginnend mit den Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen für das leibliche Wohl und Wehe des Nachwuchses hauptzuständig sind, und Frauen tragen auch den Großteil der Last der Betreuung kranker und älterer Familienmitglieder. Doch auch in Bezug auf die eigene Gesundheit sind Frauen gewissenhaft: Sie gehen zur Gesundenuntersuchung, nehmen an Vorsorgeprojekten teil und scheuen den Arztbesuch auch dann nicht, wenn sie noch nicht todkrank sind, sondern sich einfach nicht wohlfühlen. Und sie sind „folgsame“ Patienten, nehmen ihre Medikamente, halten sich an Vorschriften und Verbote. Sie wissen, was passiert – oder besser gesagt, was alles nicht funktioniert – wenn sie längere Zeit ausfallen. Zu alledem müssen sie auch noch dafür sorgen, dass ihre Männer halbwegs vernünftig leben beziehungsweise nicht zu viel Schindluder mit ihrer Gesundheit treiben. Es gibt viele Gründe dafür, dass Männer durchschnittlich um sechs Jahre früher sterben als Frauen: Arbeits-, Auto- und Freizeitunfälle, ungesunde Ernährung, Alkohol, Suchtmittel- und Medikamentenmissbrauch (von Anabolika bis Viagra aus dem Internet), exzessiver Kraft- oder Ausdauersport und vor allem das Verleugern von Krankheitssymptomen. Studien zufolge werden fast zwei Drittel aller männlichen Patienten von ihren Frauen (beziehungsweise Müttern) „zum Arzt geschickt“ und bei mehr als der Hälfte „überwacht“ die weibliche Bezugsperson Medikamenteneinnahme und sonstige Heilmaßnahmen. Obwohl das ja Männersache und nicht „Weiberkram“ wäre ...

E-Mail: irene.dyk@jku.at

Vorsprung durch Gesundheit



„salvus“ – das Gesundheits-Gütesiegel für Klein- und Großbetriebe

www.salvus.at



Arbeitsunfälle: Zahl ist 2013 gesunken

Die Zahl der Arbeitsunfälle ist im Vorjahr in Österreich um 1,7 Prozent auf 105.834 gesunken. 11.957 davon betrafen den Weg von oder zur Arbeit. Außerdem wurde in 1327 Fällen eine Berufskrankheit anerkannt (+7,6 Prozent).

EU-Schnellwarnsystem RAPEX bewährte sich auch 2013

Mehr Risikoprodukte aus Verkehr gezogen

Auch für 2013 meldet die EU-Kommission in ihrem RAPEX-Jahresbericht neue Höchststände bei gefährlichen Produkten. Insgesamt gab es 2364 Warnmeldungen, um 3,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 1981 Meldungen fallen in die Kategorie „schwere Risiken“.

Die meisten der RAPEX-Warnungen (64 Prozent) betrafen Produkte aus

China, wobei dieser Anteil im Vergleich zu 2012 (58 Prozent) weiter angestiegen ist. RAPEX ist das EU-Schnellwarnsystem zum Schutz der Konsumenten vor gefährlichen Produkten (außer Lebensmitteln). Es soll gewährleisten, dass Informationen über gefährliche Produkte, die in einem Mitgliedsstaat entdeckt werden, schnell an alle nationalen Behörden und die EU-Kommission weitergelei-

tet werden, damit diese Waren rasch vom Markt entfernt werden können. Am RAPEX-System nehmen alle EU-Mitgliedsstaaten sowie Liechtenstein, Norwegen und Island teil.

Wie schon bisher lag die Textilindustrie an der Spitze, gefolgt von Spielzeug (je 25 Prozent aller Warnungen), Elektrogeräten (9), Fahrzeugen (7) und Kosmetika (4). Neben losen Teilchen und Schnüren, die vor allem für Kleinkinder eine Gefahr darstellen, wurden auch krebs- oder allergieerregende Stoffe in den Waren gefunden.

Die häufigsten Risiken

Die fünf am häufigsten gemeldeten Risikokategorien waren:

- Verletzungen (656 Meldungen)
- chemische Risiken (580)
- Erstickungsrisiken (398)
- Stromschlag (329) und
- Erdrosselungsrisiken (266)

Gute Nachricht für Konsumenten

Mehr Meldungen bedeuten natürlich gleichzeitig, dass mehr gefährliche Produkte aus dem Verkehr gezogen werden, was für die Konsumenten eine gute Nachricht ist. Die österreichischen Behörden gaben insgesamt 71 Warnmeldungen aus, davon drei für Spielzeug und zwei für Kosmetika. Infolge der von Österreich übermittelten Meldungen wurden fünf Folgemaßnahmen von anderen Staaten ergriffen.

Ein dreister Betrugsfall sorgt bei Konsumenten für Verunsicherung – AK Vorarlberg fordert rasches Handeln des Gesetzgebers

Risiko SIM-Karte: So zockten Gauner jungen Vorarlberger um 17.000 Euro

Wie ist es möglich in drei Stunden 200 Stunden zu „vertefonieren“? Diese Frage beschäftigt seit dem Fall eines Vorarlberger Studenten, dem das Handy gestohlen wurde und dann eine Rechnung über 17.000 Euro präsentiert bekam, das ganze Land.

Mag. Paul Rusching, Konsumentenschützer der AK Vorarlberg, weiß um die technischen Hintergründe, wie den Handydieben dieses „Kunststück“ auf Kosten des jungen Vorarlberger gelang. Verblüffend: Trotz Horrorrechnung haben tatsächliche Telefonate nicht einmal stattgefunden! Bei seinen Recherchen stieß Rusching außerdem auf weitere erstaunliche Details. Doch der Reihe nach ...

200 gleichzeitige Verbindungen

„SIM-Fraud“, zu Deutsch Betrug mit einer SIM-Karte, entwickelt sich zu einer neuen konkreten Bedrohung aller Handybenutzer. Am Anfang steht ein Handydiebstahl. Das Handy selbst ist für die Gauner zweitrangig. Sie brau-

chen die SIM-Karte für eine sogenannte SIM-Box. „Das ist ein kleines Gerät, in das mehrere SIM-Karten gesteckt werden können, um damit massenhaft Gespräche aufzubauen“, erklärt der AK-Konsumentenschützer, „und was kaum einer weiß: Mit einer einzigen SIM-Karte lassen sich bis zu 200 parallele Verbindungen aufbauen.“

Groß angelegter Betrug

Das erklärt, wie der riesige Verbrauch an Gesprächseinheiten in kürzester Zeit entsteht. Nun kommt die Verrechnung an den – nichtsahnenden – Telefonkunden ins Spiel. Schematisch dargestellt, klinkt sich die SIM-Box zwischen zwei Telefonbetreiber ein. Rusching: „So werden Verbindungen zu kostenpflichtigen Servicenummern – vor allem außerhalb der EU – hergestellt. Die Betreiber dieser Mehrwertnummern erhalten dafür vom Telefonnetzbetreiber im Ausgangsland pro Minute eine Gebühr.“ Es ist naheliegend, dass Betreiber der Servicenummern und Handy-Diebe Hand in

Hand arbeiten, dass die „Servicenummerndienste“ eigens für den Zweck gegründet wurden, damit Geld einzusammeln. Die Standorte solcher betrügerischen Dienste konzentrieren sich auf einige bestimmte Länder – meist fernab von einer europäischen Strafverfolgung. Als „Hot spots“ für Handydiebstahl gelten zur Zeit Barcelona und Mallorca.

Zusatzkosten Roaming

Wo auch immer: Die Kosten für diese „Gespräche“ landen auf der Handyrechnung des Besitzers der gestohlenen SIM-Karte. Weil, wie auch im Fall des Studenten aus Vorarlberg, die SIM-Box von Spanien aus aktiv war, fallen für das Opfer zusätzlich noch hohe Roaminggebühren an.

50 Fälle in halbem Jahr

„Fakt ist, dass genau dieses Betrugszenario den Netzbetreibern bestens bekannt ist. Laut der Pressesprecherin von A1 wurden allein bei diesem Netzbetreiber in den letzten sechs Mo-



Mit immer mehr neuen Maschen halten sich Betrüger an Handynutzern schadlos.

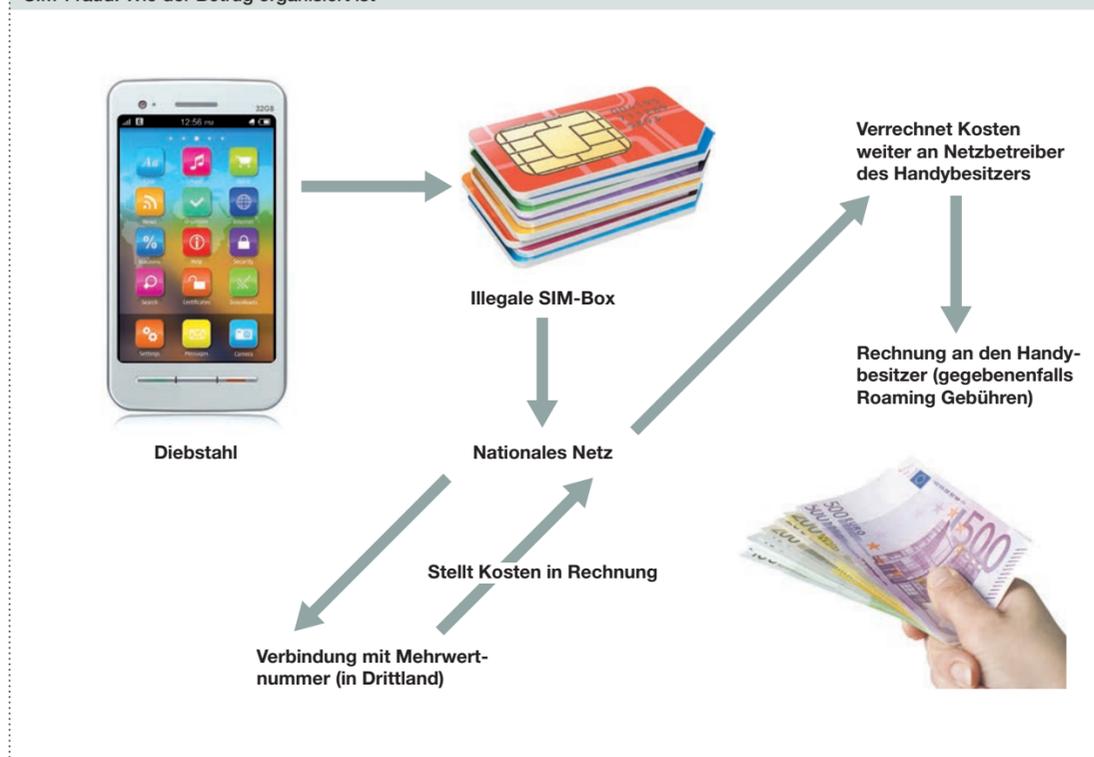
naten 50 Fälle mit exorbitanten Kosten verzeichnet“, berichtet Paul Rusching. „Und A1 bestätigt auch: Für die Konsumenten gibt es derzeit keinen Schutz.“

Für die Netzbetreiber hingegen schon. „Interessanterweise bietet A1 Telekom Austria nämlich für internationale Netzbetreiber seit Februar 2013 eine globale Lösung gegen diesen Betrug an und erhielt dafür sogar einen Innovationspreis“, fand AK-Konsumentenschützer Rusching heraus. Bei der Preisverleihung freute sich der Repräsentant von A1: „Für uns ist diese Auszeichnung gleichzeitig auch Motivation, uns noch mehr für die Interessen unserer Kunden und Partner einzusetzen und ihre Unternehmen durch noch klügere Innovationen zu schützen ...“

Ausgerechnet A1

Fragt sich, ob nicht auch die Konsumenten, die einen Handyvertrag bei A1 haben, deren „Kunden und Partner“

SIM-Fraud: Wie der Betrug organisiert ist



AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Ein Freispruch begründet wie ein Schuldspruch“

Handy-Horrorrechnung: Gericht hält an überholter Meinung fest

Handyrechnungen, immer wieder Handyrechnungen! Die AK-Vollversammlung wird am 6. Mai als Konsequenz einer 25.000-Euro-Handyrechnung den Antrag stellen, Sozialwucher als Tatbestand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Den Stein ins Rollen gebracht hatte vor nunmehr drei Jahren die Handyrechnung über 25.000 Euro für den Stubener Skilehrer Willi Mathies. Der Fall ging durch die Medien, die AK Vorarlberg erstattete im Interesse der Konsumenten Strafanzeige wegen Sachwuchers bei der Staatsanwaltschaft Feldkirch. Dem Skilehrer war von seinem Handybetreiber für jedes Kilobyte Datenverbrauch ein wahrer Horrorpreis verrechnet worden. Zur Erinnerung: Die Kriminalpolizei er-

mittelt, vor einem Jahr dann stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren ein, worauf sich ein Richter Senat der Causa annimmt.

„Völlig berechtigtes Anliegen“

Dieser entschied nun, das Verfahren endgültig abzuweisen. Die Begründung dafür liest sich allerdings wie ein Schuldspruch: „Dem aus Konsumentensicht völlig berechtigten Anliegen, sich gegen derart exorbitant hohe und – gemessen an der erbrachten Leistung völlig unverhältnismäßige – Forderungen der Netzbetreiber zur Wehr zu setzen, kann daher mit den Mitteln des Strafrechts, namentlich der Ausgestaltung der Wucherparagrafen in der geltenden Form, nicht zum Durchbruch verholfen werden.“ Für Nicht-Juristen übersetzt, die Richter stützten sich auf

die Ansicht, dass hier kein sogenannter Individualwucher vorliegt, weil es sich um standardisierte Vertragsbedingungen für jedermann handelte. Nur Individualwucher könne bestraft werden, nicht aber Sozialwucher. Grundlage dieser Rechtsauffassung ist eine aus dem Jahr 1971 stammende Reform des Strafgesetzbuches – also eine über 40 Jahre alte Lehrmeinung.

AK fordert dringende Reform

Der Richterspruch ist vor diesem Hintergrund für AK-Präsident Hämmerle nachvollziehbar. „Doch diese Rechtslage ist bedenklich. Schließlich hat es solche Massenverträge vor 40 Jahren praktisch noch gar nicht gegeben.“ Die AK Vorarlberg setzt sich nun deshalb dafür ein, dass der Wucherparagraf der Jetztzeit angepasst wird.

Konsumentenschutz fordern Konsequenzen

Die Fälle von Handydiebstählen im Ausland mehren sich, in denen anschließend die Opfer auch noch massiv überhöhte Mobilfunkrechnungen bezahlen sollen. Die AK fordert den Bund zu Maßnahmen auf, die Konsumenten wirksam vor der neuen Art des Betrugs zu schützen.

Viele tausend Euro für praktisch nichts bezahlen zu müssen, kann die finanzielle Existenz bedrohen. Wie AK-Konsumentenschützer Mag. Paul Rusching schildert (und die Netzbetreiber auch einräumen, siehe oben), stehen Konsumenten dem SIM-Kartenbetrug derzeit schutzlos gegenüber. Bei der Vollversammlung der AK Vorarlberg am 6. Mai kommt ein Antrag zur Abstimmung, der den Gesetzgeber zum Handeln auffordert, damit Konsumenten nicht weiter als wehrlose Opfer zur Kasse gebeten werden können.

Dass der Antrag beschlossen und an den Bund weitergegeben wird, gilt als sicher. Folgende Maßnahmen stehen in der Forderung:

- Aufnahme aller verbrauchsabhängig verrechneten Dienste (Sprachtelefonie,

SMS und so weiter) in die Kostenbeschränkungsverordnung.“

- „Der Netzbetreiber hat dafür Sorge zu tragen, dass sich die Anzahl der möglichen gleichzeitigen Verbindungen am Nutzungsverhalten des durchschnittlichen Verbrauchers orientiert. Das heißt, es sollen maximal zwei Verbindungen gleichzeitig möglich sein.“
- „Implementierung von Sicherheitsmaßnahmen durch den Netzbetreiber, welche den Aufbau von mehreren gleichzeitigen Verbindungen in Echtzeit erkennen und unterbinden.“

Wirtschaftskammer sträubte sich

„Wir waren schon einmal weiter“, erinnert AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Die Einbindung von verbrauchsabhängig verrechneten Diensten wie die Sprachtelefonie in die Kostenbeschränkungsverordnung (KobeV) war bereits im Gesetzesentwurf von 2011 vorgesehen, wurde dann aber auf ‚Wunsch‘ der Wirtschaftskammer nicht in die Verordnung aufgenommen.“

Die KobeV sieht seit Juli 2012 nur eine automatische Limitierung beim Datenvolumen bei Mobilgeräten auf netto



Mag. Paul Rusching und Sandra Leichte, BBA, sind die Experten der AK-Konsumentenberatung für die riesige Problemzone Telekommunikation.

uner Euro ab

sind. Denn ausgerechnet „Lösungsentwickler“ A1 ist jener Netzbetreiber, der dem jungen Vorarlberger über 17.000 Euro in Rechnung stellte, die Forderung mit Vehemenz betrieb, dann 20 Prozent Preisnachlass bot und erst unter dem Druck der medialen Aufmerksamkeit sich zu einer Kulanzlösung von 500 Euro bereitfand. Und das Ganze vor dem Hintergrund einer internen A1-Handlungsanweisung, die bei einem Vortrag ausgeplaudert wurde: „Zurückhalten von hohen Rechnungen an Carrier (in diesem Fall spanische Telefongesellschaft, Anmerkung).“ Anders gesagt: Wissend um den Betrug, schneidet auch A1 mit, wenn der Kunde zahlt.

Der Fall zeigt auf drastische Weise, dass Konsumenten besser vor dem Betrug mit SIM-Karten geschützt werden müssen und stellt Forderungen (siehe unten).

hützer enzen

50 Euro vor. Will der Konsument darüber hinausgehendes Volumen verbrauchen, muss er dem zusätzlichen Verbrauch ausdrücklich zustimmen. Der Netzbetreiber hat ihn weiters zu verständigen (warnen), wenn 80 Prozent des vereinbarten Volumens aufgebraucht sind. Eine sinngemäß gleiche Regelung sollte nach Ansicht der AK Vorarlberg auch für andere Dienste gelten und sie schlägt eine automatisierte Obergrenze von 100 Euro vor, ab der der Anschluss unverzüglich bis zum Ende des Abrechnungszeitraums unterbunden wird. Schon im Entwurf zur KobeV stand 2011: Der Netzbetreiber hat jedenfalls sicherzustellen, dass ein Höchstbetrag von 150 Euro nicht überschritten wird.

Appell an Netzbetreiber

Wenn Missstände bekannt werden, wie eben jüngst im Zusammenhang mit Handydiebstählen, arbeiten AK-Führung und die jeweilige Fachabteilung eng zusammen. Die interessenpolitische Forderung mit den drei Punkten ist, was nach Überzeugung der AK Vorarlberg auf dem Gesetzesweg rasch umgesetzt werden kann, um die Konsumenten im Betrugsfall besser zu schützen.

Davon unbenommen, haben Mag. Paul Rusching und Sandra Leichte, BBA, noch weitergehende Vorstellungen, die den Netzbetreibern allerdings schwerlich durch ein Gesetz vorzuschreiben wäre. Die beiden AK-Experten im Fachbereich Telekommunikation appellieren, Forderungen, die aus einem solchen Betrugszenario resultieren, noch vor der Erstellung der Rechnung aus dem Mahnlauf herauszunehmen. „Davon soll der Konsument unverzüglich in Kenntnis gesetzt werden, so dass dieser eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft einbringen kann. Sobald dies geschehen ist, wird sie dem Netzbetreiber gemeldet. Für den Netzbetreiber, der die Auszahlung an den – ausländischen – Telefoncarrier ohnehin zurückhält und damit keinen finanziellen Schaden erleidet, besteht dann auch keine Rechtsgrundlage mehr, die Forderung auf den Konsumenten abzuwälzen.“

AK-Konsumentenschutz:
Telefon 050/258-3000,
konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at



Das Handy als multifunktionales Gerät – gerade im Urlaub praktisch. Der allzu sorglose Umgang damit kann aber teuer zu stehen kommen.

Die AK Vorarlberg hilft

Tipps der AK Vorarlberg für die Handy-Nutzung im Urlaub

Die größte Gefahr geht von einem Diebstahl Ihres Handys aus. Das gilt für zuhause, aber erst recht im Ausland. Wie der oben geschilderte Fall drastisch vor Augen führt, lässt sich mit einer gestohlenen SIM-Karte sogar größerer Schaden anrichten als mit einer gestohlenen Kreditkarte. Auch wenn die Stimmung im Urlaub relaxt ist – Sie sollten Ihr Handy wie Ihren Augapfel hüten!

Diebstahl und Verlust

Veranlassen Sie bei Verlust oder Diebstahl des Handys möglichst bei Ihrem Netzbetreiber eine Sperre der SIM-Karte. Denn bis zur Sperre haften Sie als Anschlussinhaber für entstehende Kosten. Die AK-Konsumentenschützer empfehlen für den Fall des Falles eine polizeiliche Anzeige. Möglicherweise kann der Dieb über die von ihm angewählten Telefonnummern ausgeforscht werden.

Das richtige Netz

Was zahlreiche Vorarlberger schon leidvoll im Grenzgebiet zur Schweiz oder Deutschland erfahren haben, dient auch als Warnung im Urlaub: Ohne manuelle Anbieterauswahl kann sich das Handy unbemerkt in unerwünschte teure Netze einwählen. Ihr heimischer Netzbetreiber hat in der Regel unterschiedliche Verträge mit Netzbetreibern in einem anderen Land. Es kann daher von den Kosten her einen deutlichen Unterschied machen, in welchem Netz Sie im Ausland telefonieren. Erkundigen Sie sich bei Ihrem Netzbetreiber über deren günstigsten Partner und lassen Sie über die Verbindungseinstellungen Ihres Handys nur dieses Netz zu.

Sprachbox

Zwar ist die Mitteilung, dass Sie eine neue Nachricht auf Ihrer Sprachbox erhalten haben, seit 2012 kostenlos.

Sie im Ausland abzuhören kostet allerdings nach wie vor Geld, nämlich so viel wie ein Telefongespräch nach Hause.

Kostenbegrenzung

Vor allem Datenverkehr im Ausland ist eine teure Angelegenheit. Seit 1. Juli 2012 sind die Kosten durch die Roaming-III-Verordnung sowohl für EU- als auch Drittländer gedeckelt. Bei 50 Euro (Achtung: netto und gilt ausschließlich für Internetverkehr, zusätzlich zur Grundgebühr und sonstiger Entgelte!) ist theoretisch Schluss, bei Erreichen von 80 Prozent der Obergrenze muss dem Benutzer eine „geeignete Meldung“ übermittelt werden. Nach wie vor günstiger ist es jedenfalls, das Datenroaming im Ausland generell zu deaktivieren und das Internet, wenn möglich, nur über kostenlose WLAN-Netzwerke zu verwenden.

Alternativen

Eine vor Ort gekaufte Prepaid-Karte ist als Alternative denkbar, allerdings funktioniert sie nur in entsperrten Handys und lohnt sich meist nur für Urlauber, die länger bleiben oder öfter zum selben Ziel fahren, weil Guthaben ein Ablaufdatum haben.

Zu guter Letzt ...

Bedenken Sie, dass je nach Anwendung auch Tablets vom Prinzip her wie Handys funktionieren. Haben Sie eine SIM-Karte in Ihr Tablet eingesteckt, gelten daher die gleichen Vorsichtsmaßnahmen.

AK-Ratgeber

Weitere Informationen finden Sie in der AK-Broschüre „Mit dem Handy telefonieren“. Das vorliegende Handbuch fasst aktuell die wichtigsten rechtlichen und technischen Fakten rund um das Handy zusammen.



Telefon 050/258-8000,
bestellen@ak-vorarlberg.at

Staubsauger im VKI-Test: Volle Kraft mit wenig Watt

Gute Noten: Neue Staubsauger schlucken viel weniger Strom

Die Zeiten energiefressender Staubsauger sind vorbei. Alle Testkandidaten liegen bereits weit unterhalb der künftigen EU-Leistungsvorgabe von 1600 Watt, ohne dass dies im Saugergebnis zu merken wäre.

Acht Staubsauger zu Preisen zwischen 140 und 250 Euro waren im Test. Alle getesteten Geräte haben eine Leistung von weniger als 1600 Watt. Der Siemens VSQ5X1230 Extreme Silence Power kommt sogar mit 869 Watt aus – selbst auf Teppich, der Hürde für manches andere Modell. Siemens teilt sich den ersten Platz mit dem Miele S8340 EcoLine, der punktgleich abschneidet. Zu den wichtigsten Prüfpunkten bei Staubsaugertests gehört die Staubaufnahme vom Teppich oder Hartboden, und ob das Gerät den Staub im Beutel oder in der Staubbox behält. Ob mit oder ohne Beutel, beide Gerätekategorien lieferten hier gute und sehr gute Resultate ab.

Partikelfilter allein hilft nicht

Die meisten Testgeräte sind mit einem Hepa-Abluftfilter ausgestattet. Diese Abkürzung steht für High Efficiency Particulate Air Filter, sie kennzeichnet Schwebstofffilter. Diese fischen kleinste Partikel aus der Abluft. Allerdings sorgen sie nicht allein dafür, dass ein Staubsauger sehr gut dicht hält. Zwei damit ausgestattete Geräte, Fakir Willi und Dirt Devil mit Staubbox, schafften das im Test „nur“ gut. Wichtig ist auch, dass ein Sauger keine undichten Stellen hat.

Kein Staub in die Luft

Die Prüfung zum Staubrückhaltevermögen absolvierten die beiden guten

Beutelsauger Siemens VSQ5X1230 und Eio Razzer R-Control Eco2 sowie auch Philips und der durchschnittliche AEG in der Gruppe mit Staubbox mit ausgezeichnetem Ergebnis. Diese vier Geräte eignen sich deshalb auch für Menschen, die empfindlich auf Hausstaub reagieren. Natürlich sollten schwere Allergiker das Entleeren des Staubbehälters aber nicht selbst erledigen.

Besitzer von Haustieren plagen sich beim Putzen meist mit dem Entfernen von Tierhaaren. Wie Staubsauger mit solch einer Herausforderung zurechtkommen, zeigt der Prüfpunkt Faseraufnahme. Auf Teppichboden prüften die Tester mit der Standarddüse, auf Polstern mit der Polsterdüse. Nur drei Testkandidaten nahmen Fasern sowohl vom Teppichboden als auch von Polstern gut auf: die Beutelsauger von Miele und Eio und das Philips-Gerät mit Box. Eingesaugte Tierhaare fangen schnell an zu riechen. Deshalb empfiehlt sich eher ein kleiner Staubbeutel, der rasch voll ist, oder ein Modell mit Staubbox.

Weniger Krach

Angenehm, wenn sich der Schallleistungspegel des Staubsaugers in Grenzen hält. Seinem Namen alle Ehre macht der Siemens Extreme Silence Power. Er saugt mit Abstand am leisesten. Nur 68,3 dB(A) ergab die Messung auf Teppichboden. Selbst bei der Geräuschprüfung auf Hartboden, wo die meisten der anderen Kandidaten weniger zufriedenstellend waren, schnitt er gut ab.

Details und weitere VKI-Tests: www.konsument.at (kostenpflichtig)



Energieeffizient, leistungsstark und vor allem leise sollen sie sein, die neuen Staubsauger.

Den Konsumenten 670.000 Euro erspart

5318 Beschwerden gingen im vergangenen Jahr beim Internet Ombudsmann ein. Rund 41 Prozent davon betrafen betrügerische Fallen wie Fake-Rechnungen. Via E-Mail werden Konsumenten aufgefordert, Zahlungen zu leisten, die aus einem angeblich im Internet abgeschlossenen Vertrag entstanden sind. Der Absender: falsche Inkassobüros oder Anwaltskanzleien. Der durchschnittlich gemeldete Schaden lag bei 184,90 Euro. In 83,8 Prozent der Fälle konnte der Ombudsmann weiterhelfen. Insgesamt habe man den Konsumenten 670.000 Euro ersparen können.

Fragen oder Beschwerden? www.ombudsmann.at

T-Mobile beschränkt „unlimitiertes Surfen“

Als eine irreführende Blickfangwerbung beurteilte das Handelsgericht Wien den Slogan „Unlimitiertes Surfen“ von T-Mobile. Das Mobilfunkunternehmen warb mit der Aussage für seinen Tarif „Smart Net Unlimited“. Ab Erreichen eines gewissen Datenvolumens (drei beziehungsweise sechs Gigabyte) wurde die Geschwindigkeit der Datenübertragung jedoch auf maximal 64 Kilobyte pro Sekunde reduziert. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) reichte daher Klage ein. Eine so langsame Verbindung schränkte den üblichen Gebrauch des Internets so erheblich ein, dass von „unlimitiert“ im allgemeinen Sprachgebrauch nicht mehr die Rede sein könne, bestätigte nun auch das Gericht. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Klauseln von card complete unzulässig

Als Unzulässig beurteilte der Oberste Gerichtshof (OGH) zwei Klauseln der card complete Service Bank AG. So könne das Unternehmen nicht vom Karteninhaber verlangen, seine Kartendaten ausschließlich in elektronischen Datenbanken mit verschlüsselten Systemen zu verwenden, welche auf der Webseite von card complete aufgelistet sind. Schließlich könne eine Homepage jederzeit geändert werden und der Kunde müsste sich daher jedes Mal vor einem Zahlungsvorgang neu informieren. Als größtenteils benachteiligend und unzulässig beurteilte der OGH auch jene Klausel, in der ein automatisiertes elektronisches Antwortschreiben (zum Beispiel eine Abwesenheitsnotiz) der gültigen Zustellung einer E-Mail nicht entgegen steht. Als zulässig beurteilte das Gericht jedoch die Klausel, wonach der Karteninhaber eine Änderung der E-Mail-Adresse dem Kreditkartenunternehmen unverzüglich schriftlich mitzuteilen hat.

Das Urteil im Detail: www.verbraucherrecht.at

Testergebnisse Bodenstaubsauger (bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch)

Marke	Type	Richtpreis in €	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	Hepa-Abluftfilter ¹⁾	Leistung in W ²⁾	AUSSTATTUNG																		
						Nutzbares Volumen des Staubbehälters in l ³⁾	Aktionsradius in m ²⁾	Länge des Saugrohrs in cm ²⁾	Gewicht in kg ²⁾	SAUGEN 45 %	Teppichboden	Hartboden	Ritzen	Ecken und Kanten	Faseraufnahme vom Teppichboden	Faseraufnahme von Polstern	HANDHABUNG 30 %	UMWELTEIGENSCHAFTEN 15 %	HALTBARKEIT 10 %					
MIT BEUTEL																								
Miele	S8340 EcoLine	229,-	gut (70)	○	1.258	3,0	10,8	61-104	7,3	+	+	++	++	○	+	+	+	+	+	++				
Siemens	VSQ5X1230 Extreme Silence Power	230,-	gut (70)	●	869	1,5	14,9	62-94	7,2	+	+	+	++	-	○	+	+	+	+	++				
Eio	Razzer R-Control Eco2	149,-	gut (66)	●	1.382	2,2	8,9	56-95	7,4	+	+	++	++	-	+	+	+	+	+	++				
Dirt Devil	DD 7770	149,-	gut (62)	●	1.343	2,7	9,4	55-91	6,0	+	+	++	++	-	+	-	○	○	○	++				
Fakir	Willi	199,-	durchschnittlich (56)	○	1.231	2,3	11,1	52-86	8,4	○	○	○	++	○	+	--	+	+	+	++				
MIT STAUBBOX																								
Philips	FC 8769 Power Pro Eco	230,-	gut (64)	●	1.274	2,6	10,4	63-103	7,4	+	○	+	++	-	+	+	○	+	+	++				
AEG	AUPG3801 Ultraperformer Öko	250,-	durchschnittlich (54)	●	1.158	2,2	11,9	62-91	7,6	○	○	○	++	○	○	+	○	+	+	++				
Dirt Devil	M5080 Equ Turbo Silence	140,-	durchschnittlich (54)	●	1.145	1,6	8,8	56-90	6,3	○	○	++	++	-	○	○	○	+	+	++				

Zeichenerklärung: ● = ja ○ = nein 1) Hepa: High Efficiency Particulate Air Filter, hochwirksamer Partikelfilter 2) gemessen Beurteilungsnoten: sehr gut (++), gut (+), durchschnittlich (○), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (- -) Prozentangaben = Anteil am Endurteil Preise: Jänner 2014



Jetzt ist es fix: Ab 2016 steht allen EU-Bürgern ein Basiskonto offen



In der EU haben rund 30 Millionen Menschen kein eigenes Bankkonto – damit ist jetzt Schluss.

EU beschließt Grundrecht auf Bankkonto für jedermann

Künftig gibt es für alle Einwohner der EU unabhängig von ihrer finanziellen Situation einen gesetzlichen Anspruch auf ein Bankkonto mit grundlegenden Funktionen wie Überweisungen, Abhebungen an Automaten und Online-Banking.

Das hat das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzung vor den Europawahlen beschlos-

sen, nachdem es zuvor eine Einigung mit den Mitgliedsstaaten gab. Damit wird eine langjährige Forderung der Arbeiterkammer Wirklichkeit.

Eigenes Bankkonto unerlässlich

In der EU haben rund 30 Millionen Menschen kein eigenes Bankkonto, obwohl sie gern eines hätten. Vor allem für die Arbeitssuche und die Abwicklung des Alltags (Erhalt von Löhnen und Transferleistungen, Zahlung von Rechnungen und Steuern und

so weiter) ist ein Bankkonto heutzutage aber praktisch unerlässlich. In Österreich müssen schätzungsweise 150.000 Menschen ihren Alltag praktisch aus dem Sparstrumpf heraus bewältigen.

Basiskonto für alle ab 2016

Nach der Neuregelung steht spätestens ab 2016 ein leistbares Basiskonto nicht nur Personen offen, die bisher kein Bankkonto hatten, sondern allen Bankkunden, die sich mit den

genannten Basisfunktionen zufrieden geben. Die Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, dass eine ausreichende Zahl von Banken mit eigenen Geschäftsstellen ein solches Konto anbietet.

Banken dürfen die Eröffnung eines Basiskontos etwa aufgrund der Höhe oder Regelmäßigkeit des Einkommens, des Beschäftigungsverhältnisses, der in Anspruch genommenen Darlehen oder der Höhe der Verschuldung nicht mehr ablehnen.



Dank der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg können Sie trotz eines verpatzten Urlaubs wieder Luftsprünge machen. Wir verhelfen Ihnen zu Ihrem Recht.

Ärger im Paradies? Das können Sie tun!

Gewährleistung

Sie haben Anspruch auf die im Katalog oder Prospekt zugesagten Leistungen, dafür muss der Reiseveranstalter einstehen. Werden die Leistungen nicht in der vereinbarten Form erbracht, liegt ein Mangel vor und Sie haben Anspruch auf Gewährleistung.

Mängel beanstanden und beweisen

Informieren Sie in einem solchen Fall unverzüglich den Vertreter des Veranstalters am Urlaubsort und verlangen Sie eine Verbesserung des Mangels. Kann der Mangel nicht behoben werden, sichern Sie Beweise: Machen Sie Fotos beziehungsweise Videos oder lassen Sie sich die Kontaktdaten anderer Urlauber geben, die als Augenzeugen die Missstände bestätigen. Verlangen Sie außerdem eine schriftliche Bestätigung von der Reiseleitung, dass die Mängel gerügt wurden.

Preisminderung

Machen Sie nach Ihrer Rückkehr beim Reiseveranstalter schriftlich und eingeschrieben(!) Ihre Ansprüche geltend. Beschreiben Sie die Mängel und fordern Sie eine angemessene Preisminderung ein. Als Bemessungsgrundlage kann dafür die „Frankfurter Liste“ herangezogen werden.

Schadenersatz

Sie können unter Umständen auch Schadenersatz fordern. In einem solchen Fall müssen den Reiseveranstalter oder sein Partner (Hotel, Hotelangestellter, Fluglinie und so weiter) ein Verschulden treffen. Dokumentieren Sie auch hier den Sachverhalt genau.

Geld statt Gutschein

Sie haben das Recht auf Geldersatz – sowohl bei Ansprüchen auf Gewährleistung als auch auf Schadenersatz. Einen Gutschein müssen Sie daher nicht akzeptieren.

Preisänderung

Unter bestimmten Bedingungen ist eine Änderung des Reisepreises möglich – dies muss aber vertraglich vereinbart sein. Grundsätzlich gilt der vereinbarte Reisepreis. Erfolgt die Reise innerhalb von zwei Monaten nach Vertragsabschluss, ist eine Preiserhöhung nicht zulässig. Auch 20 Tage vor Reiseantritt darf keine Erhöhung mehr erfolgen.

Ihre Rechte als Fluggast: Das steht Ihnen zu!

Man freut sich auf den wohlverdienten Urlaub. Doch am Flughafen stellt sich heraus: Der Flug ist überbucht. Für Sie ist kein Platz mehr. Es stellt sich die Frage: Was nun?

Wird ein Flug abgesagt beziehungsweise ist er überbucht, können Sie als Fluggast zwischen Folgendem wählen:

- der vollständigen Rückerstattung des Preises für den nicht konsumierten Teil der Reise oder auch des gesamten Ticketpreises, wenn der Flug insgesamt zwecklos geworden ist,
- der schnellstmöglichen anderweitigen Beförderung zum Endziel oder
- einer Umbuchung auf einen für Sie geeigneten späteren Zeitpunkt.

Abhängig von der Wartezeit haben Sie Anspruch auf Mahlzeiten sowie Erfrischungen und, wenn notwendig, auf eine Übernachtung im Hotel sowie zwei Telefonate, Emails oder Telefaxe.

Warten auf den Flug

Auch bei Verspätungen haben Sie ein Recht auf Mahlzeiten und Erfrischungen abhängig von der Wartezeit, zwei

Telefonate, E-Mails oder Telefaxe sowie, wenn nötig, eine Hotelunterbringung. Das gilt bei Verspätungen ab:

- zwei Stunden für Flüge bis 1500 Kilometer,
- drei Stunden für Flüge in der EU über 1500 Kilometer und andere Flüge von 1500 bis 3500 Kilometer,
- vier Stunden für alle übrigen Flüge.

Bei einer Verspätung ab fünf Stunden haben die Fluggäste die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten und die vollständige Erstattung des Flugpreises zu verlangen.

Ihr Anspruch auf Entschädigung

Außerdem haben Sie Anspruch auf eine Entschädigung: Bei Flügen bis 1500 Kilometer stehen Ihnen 250 Euro zu. Bei Flügen in der EU über 1500 Kilometer und bei anderen Flügen von 1500 bis 3500 Kilometer bekommen Sie 400 Euro. Bei allen übrigen Flügen über 3500 Kilometer haben Sie Anspruch auf 600 Euro Entschädigung. Das gilt für abgesagte und überbuchte Flüge ebenso wie für Verspätungen von drei oder mehr Stunden.

Aber: Wenn die Fluggesellschaft Sie zwei Wochen vor dem geplanten Abflugtermin über die Annullierung informiert beziehungsweise zu einem späteren Zeitpunkt eine anderweitige zumutbare Beförderung innerhalb genau bezeichneter Fristen anbietet, gibt es keine Entschädigung. Fällt der Flug aufgrund außergewöhnlicher Umstände aus, die sich mit zumutbaren Mitteln nicht vermeiden lassen, ist die Airline ebenfalls nicht zu einer Ausgleichszahlung verpflichtet.

Verlorenes Gepäck

Was auch passieren kann: Das Gepäck wird verschlampt oder beschädigt. Die Fluglinie haftet bis zu einer Höchstgrenze von etwa 1300 Euro für verlorenes oder beschädigtes Gepäck. Bei einer Verspätung ist der Schaden binnen 21 Tagen, nachdem das Reisegepäck wieder übergeben wurde, der Fluglinie schriftlich(!) zu melden. Wird das Gepäck beschädigt, muss dies binnen sieben Tagen nach der Übernahme bei der Airline angezeigt werden – ebenfalls schriftlich!

Mogelpackung des Monats: Der Weichsel-Banane Smoothie von Spar enjoy mit viel Apfelsaft

Der Inhalt ist Geschmackssache – die Beschriftung ebenfalls

Immer wieder sind Konsumenten verärgert darüber, dass nicht das drin ist, was auf der Verpackung drauf steht. So auch beim Weichsel-Banane Smoothie der Marke Spar enjoy.

Im Lebensmittel-Check vom Verein für Konsumenteninformation (VKI) wurde die Sache aufgedeckt: Der Weichsel-Banane Smoothie von Spar enjoy besteht hauptsächlich aus Fruchtsäften: Apfelsaft ist mit 40 Prozent die Hauptzutat. Weitere 10 Prozent sind Traubensaft. Die restlichen 50 Prozent bestehen zu gleichen Teilen aus Weichselpüree und Bananenmark.

Geschmack ist entscheidend

Auf die Frage, warum dieses Produkt als Weichsel-Banane Smoothie bezeichnet wird, obwohl es großteils aus Apfelsaft besteht und auch noch Traubensaft enthält, erhielt der VKI folgende Antwort von Spar:

„Alle unsere Smoothies bestehen zu 100 Prozent aus püriertem Obst und Fruchtsäften. Bei unseren Smoothies – und so ist es auch beim Marktführer ‚Innocent‘ – werden die Smoothies nicht nach den Hauptzutaten benannt, sondern nach den Obstsorten, die für den Smoothie geschmackgebend sind und die beim Trinken geschmacklich dominieren. Bei den Spar Eigenmarken haben wir uns entschlossen, uns an die branchenüblichen Konventionen zu halten.“

Bei Smoothies werden Fruchtcombinationen in einem ganz bestimmten Abstimmungsverhältnis benötigt, um den gewünschten Geschmack und Textur zu erzielen.

Unser Kunde hat Recht, dass Produkte normalerweise nach den Hauptzutaten benannt werden – Smoothies stellen dabei eine Ausnahme dar. Wir empfinden es für den Kunden verwirrender, den Spar Enjoy Smoothie als



Obwohl Apfelsaft der Hauptbestandteil des Weichsel-Banane Smoothies ist, wird das auf dem Etikett nicht erwähnt.

„Apfel und Traube“ zu deklarieren, wenn doch die Geschmackskomponenten (trotz eines geringeren Anteils) Weichsel und Banane dominieren.“

Wir wollen es auf einen Blick sehen

Wir können der Argumentation, dass der Smoothie nach der Geschmacksrichtung benannt wird, statt nach den Hauptzutaten, durchaus folgen. Allerdings zeigt sich an diesem Beispiel wieder: Der Konsument erfährt nur, was drin ist, wenn er die kleingedruckte Zutatenliste studiert. Unser Vorschlag: „Spar enjoy Weichsel-Banane Smoothie, mit Apfel- und Traubensaft.“ Da sieht der Kunde auf einen Blick, was drin ist.

Mogelpackung entdeckt?

Die AKtion veröffentlicht in jeder Ausgabe die „Mogelpackung des Monats“. Helfen Sie mit, die Tricks der Hersteller aufzudecken: Schicken Sie ein Beweisfoto und eine kurze Beschreibung an AK Vorarlberg, Redaktion AKtion, Stichwort: Mogelpackung, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch oder gern auch per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at.

Jeder siebte hat Probleme mit Gepäck

Jeder siebte Fluggast hat beim Einchecken Probleme mit dem Reisegepäck, wie aus einer nichtrepräsentativen Umfrage eines Kofferherstellers hervorgeht. Das häufigste Problem: Der Koffer übersteigt das zulässige Gewicht. Allerdings mussten laut der Befragung nur 48 Prozent der Fälle das Übergewicht bezahlen.

Bankkunden immer seltener zufrieden

Nur mehr 42,6 Prozent der Bankkunden sind mit ihrer Bank zufrieden. Das Beratungsunternehmen Capgemini hat 17.000 Bankkunden aus 37 Ländern befragt. In mehr als jedem vierten Land ging die Kundenzufriedenheit heuer um mehr als zehn Prozent zurück – in Österreich um 11,8 Prozent. Jüngere Kunden sind mit den Leistungen ihres Geldhauses seltener zufrieden als ältere. Weltweit berichten lediglich 39,5 Prozent von positiven Kundenerlebnissen. Am zufriedensten waren die Kanadier (60 Prozent), US-Amerikaner (54,5 Prozent) und Tschechen (50,7 Prozent).

Computer-Tipp

KeePass

Über dieses Programm habe ich schon öfter berichtet. Ich möchte trotzdem nochmals auf die Wichtigkeit eines solchen Passwortmanagerhinweisen, besonders in Folge des schweren Programmfehlers in der Open-Source Bibliothek OpenSSL, durch den Logins und Passwörter in den Verschlüsselungsprotokollen TLS und DTLS ohne Nachweis ausgelesen werden konnten (der sogenannte Heartbleed-Bug). Da es unmöglich ist, sich für jeden Login übers Internet ein neues Passwort zu merken, verwenden die meisten User dasselbe Passwort für alle ihre Onlinetätigkeiten. Und genau hier kann KeePass helfen. Sie können damit sichere Passwörter generieren, wenn diese Logindaten einmal in KeePass gespeichert sind, übernimmt das Programm die Tipparbeit für Sie und fügt Benutzernamen und Passwort in das geöffnete Browserfenster ein. Es ist mit etwas Aufwand verbunden, aber meiner Meinung nach ist der Sicherheitsgewinn durch die Verwendung dieses Programms enorm. KeePass ist Open-Source und kann frei auf der Homepage des Herstellers heruntergeladen werden.



Oliver Fink

Download:
<http://keepass.info/>

Business English for Professionals

Ihr Karrieresprung mit Business English. Sie lernen Ihr Englisch in der internationalen Kommunikation zu perfektionieren. Sie entwickeln flüssiges, freies Sprechen, verbessern Ihre Fähigkeiten im aktiven und passiven Wortschatz und sind sich sicher im Umgang mit anderen Kulturen. Die Bedürfnisse der internationalen Geschäftswelt sind Grundbestandteil des Kursinhaltes. Kursbeginn ist der 4. Juni im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i Sprachen: Angelika Madlener, 050/258-4022, angelika.madlener@ak-vorarlberg.at

Technisches Zeichnen: AutoCAD – Start

Dieser Kurs ist der erste wichtige Schritt für Ihre neue berufliche Zukunft. Das Kombinieren Ihres handwerklichen Könnens mit dem theoretischen Fachwissen am Computer eröffnet Ihnen neue Berufschancen. Nach Abschluss des Kurses können Sie 2D-Zeichnungen am Computer erstellen und haben eine solide Basis für Ihren persönlichen Einstieg beziehungsweise Umstieg in die Berufswelt geschaffen. Kursbeginn ist der 4. Juni im AK-Bildungszentrum in Feldkirch.

i EDV: Regina Knecht, 050/258-4030, regina.knecht@ak-vorarlberg.at

Führung mit hörbarem Feedback

Die Teilnehmer erleben, wie ihr Verhalten auf ihre Mitarbeiter wirkt und begeben sich in diesem Erlebniseminar auf eine einzigartige Entdeckungsreise zum eigenen Führungsverhalten. Das Seminar unter der Leitung von Nikolaus Netzer und Johannes Angerer beginnt am 16. Mai.

i Persönlichkeitsentwicklung: Regina Knecht, 050/258-4030, regina.knecht@ak-vorarlberg.at



Kinder wachsen heute mit dem Computer auf, viel besser als bei der Generation 50+ ist es aber bei jungen Erwachsenen nicht um die Grundkenntnisse am PC bestellt.

Österreicher wissen weniger über Computer, als sie denken

Um die Selbsteinschätzung ihrer Fähigkeiten am Computer ist es bei den meisten Nutzern in Österreich nicht gut bestellt. Während sich viele gute bis sehr gute Kenntnisse am PC attestieren, schneidet mehr als die Hälfte tatsächlich schlecht oder sehr schlecht ab.

Eine Befragung der Österreichischen Computergesellschaft (OCG) Anfang des Jahres hat ernüchternde Ergebnisse geliefert. Neben mehr als 1200 Interviews wurden rund 500 Online-Tests durchgeführt, um die abgefragten Kenntnisse auch empirisch erfassen zu können.

Die OCG wurde als gemeinnütziger Verein gegründet, um Informatik beziehungsweise Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern. Im Jahr 1997 war sie maßgeblich an der Einführung des Europäischen Computerführerscheins (ECDL) in

Österreich beteiligt, welcher als zertifizierter Nachweis für Kenntnisse am Computer gilt.

Die Kluft zwischen Wunsch und Realität ist gerade bei den Jüngeren (zwischen 15 und 29 Jahren) größer als vielleicht vermutet. In dieser Altersklasse schätzen sich 23 Prozent als sehr gut ein, tatsächlich erreichen aber nur sieben Prozent diesen Wert. Bei den 30- bis 49-Jährigen liegen die Werte bei 14 und sieben Prozent. Mehr Bezug zur Realität haben die 50- bis 60-Jährigen, bei denen Einschätzung und Ergebnis ident bei neun Prozent liegen.

Wenig Grundkenntnisse

Noch weiter liegen die Werte bei schlechten bis sehr schlechten Leistungen auseinander. Nur drei Prozent (15 bis 29), acht Prozent (30 bis 49) und sechs Prozent (50 bis 60) schätzen sich selbst in diese Gruppe ein. Tatsächlich sind es aber 55, 61 und 68 Prozent, die

weniger als die Hälfte der gestellten Testaufgaben lösen konnten.

Besonders dramatisch ist es um die Grundkenntnisse bestellt, 49 Prozent glauben über sehr gute Kenntnisse zu verfügen, 45 Prozent über gute bis mittelmäßige und nur fünf Prozent über schlechte bis sehr schlechte. Das Bild dreht sich in der Realität komplett um: Tatsächlich verfügen nur sieben Prozent über sehr gute und 18 Prozent über gute bis mittelmäßige Kenntnisse. 75 Prozent fallen bei der Überprüfung quasi durch und würden in der Schule mit einer glatten Fünf benotet.

Die Ergebnisse überraschen besonders vor dem Hintergrund, dass Fähigkeiten am Computer für drei Viertel der Österreicher „sehr wichtig“ beziehungsweise „eher wichtig“ sind. Zudem verbringen 51 Prozent der Befragten mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit vor dem PC. Jeder Vierte verbringt privat zusätzlich über drei Stunden am Computer,

hauptsächlich um E-Mails zu schreiben (88 Prozent), Bankgeschäfte zu erledigen (65 Prozent) oder im Internet nach Nachrichten und Informationen zu suchen (62 Prozent).

„Eigentlich sind die Zahlen dieser Untersuchung mehr als alarmierend. Das Ausmaß der Fehleinschätzung der eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse am Computer kann sich nicht nur beim Jobwechsel negativ auf die Arbeitnehmer auswirken“, sagt Gerhard Ouschan, Bereichsleiter der AK-Bildungspolitik.

Deshalb sei es der AK Vorarlberg auch ein großes Anliegen, die ECDL-Zertifizierung für den Umgang mit dem Computer zu vernünftigen und leistbaren Preisen anzubieten. Dass der Bedarf danach da sei, werde von den Ergebnissen der Testung nachhaltig untermauert. Einziger Hasenfuß dabei: Viele Arbeitnehmer wissen gar nicht, dass sie selbst über schlechte Kenntnisse verfügen.

„Wissen fürs Leben“: Michael Schmidt-Salomon und Jürgen Stepien zu Gast bei der AK Vorarlberg in Feldkirch

Bewährte Referenten auf der AK-Bühne

Noch zwei Möglichkeiten bieten sich der „Wissen fürs Leben“-Fangemeinde, interessante Vorträge in der AK Vorarlberg zu besuchen. Danach verabschiedet sich die Reihe in den Sommerurlaub und wird im Herbst fortgesetzt.

Nach seiner scharfen Kritik der „weltumspannenden, alle Dimensionen sprengenden Riesenblödie“ in seiner Streitschrift „Keine Macht den Doofern“ beleuchtet Michael Schmidt-Salomon in seinem neuen Buch die andere Seite der Medaille und macht den Blick frei für die Sonnenseiten der Menschheit.

Am 12. Mai stellt er es im Rahmen seines Vortrages „Hoffnung Mensch

– Eine bessere Welt ist möglich“ bei „Wissen fürs Leben“ vor.

Lieben und streiten

Auch Jürgen Stepien kommt schon zum zweiten Mal zu „Wissen fürs Leben“ am 27. Mai zum Thema „Lieben und streiten – Magie der Konflikte“. In diesem Vortrag sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie Menschen durch konstruktiven Umgang mit den aus der Andersartigkeit sich ergebenden Konflikten ein gemeinsames Wachstum ihrer Beziehung erleben können.

i Anmeldung: Gabriela Pietsch-Veit, 050/258-1420, gabriela.pietsch-veit@ak-vorarlberg.at



„Wissen fürs Leben“ gehört mit zu den erfolgreichsten Vortragsreihen in Vorarlberg.

AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte im Interview: „Social Media Erziehung sollte heute Schulstoff sein.“

Soziale Medien: Jugendliche verhalten sich altersgemäß

Im Rahmen des Schulungsmoduls „Social Media Certificate+“ (SMC+) unterrichtete AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte, BBA, die Schüler der 5. Schulstufe des Gymnasiums Schillerstraße. Die Themen: Soziale Netzwerke, Datenschutz, Urheberrecht sowie der richtige Umgang mit Smartphones. Mit AKTION spricht sie über ihre Erfahrungen.

Bewegen sich unsere Jugendlichen zu sorglos im Internet beziehungsweise in Sozialen Netzwerken?

Sandra Leichte: Man kann den Jugendlichen nicht vorwerfen, dass sie zu sorglos sind. Sie verhalten sich ihrem Alter entsprechend und tun das, was Jugendliche in diesem Alter machen, wenn sie Raum zur Verfügung gestellt kriegen, in dem sie sich frei bewegen können. Dann nutzen sie das natürlich aus. Das Problem ist nicht, dass die Jugendlichen zu sorglos sind, sondern dass sie zu wenig Informationen haben über das, was sie tun. Das ist ja der Sinn und Zweck unseres Unterrichts. Dass die Schüler merken, dass das, was sie tun, schlimmstenfalls negative Konsequenzen haben kann. Dass es vor allem nachhaltig Einfluss auf ihr Leben haben kann, wenn man beispielsweise an Fotos im Internet denkt, die dort bleiben.

Wie groß ist das Interesse der Jugendlichen an diesen Themen?

Ich würde lügen, wenn ich sage, die Schüler freuen sich auf zusätzlichen Lernstoff und zusätzlichen Unterricht. Aber ich denke, sie sind in den Themenbereichen Social Media, Smartphone, Urheberrecht und Datenschutz überdurchschnittlich stark betroffen. Diese Betroffenheit und Erfahrung aller Schüler führt natürlich auch zu einer starken Anteilnahme am Unterricht. Im Fach Social Media sind die Jugendlichen die Experten, das weckt natürlich auch Interesse.

In diesem Jahr wurde das Schulungsmodul um das Thema Smartphones erweitert. Wie kam das an?

Die Jugendlichen wissen mit 14 Jahren, bereits ganz viel. Sie bezahlen unglaublich viel Geld für ihr Handy und wissen daher, welcher Tarif bei welchem Anbieter was beinhaltet. Es ist also nicht so, dass sie sich nicht



Zum zweiten Mal erhielten im April 147 Schüler des Gymnasiums Schillerstraße Feldkirch das „Social Media Certificate+“.

auskennen. Sie geben aber auch offen zu, dass die rechtlichen und finanziellen Probleme, die mit einem Handyvertrag einhergehen, eher weniger interessiert. Da meist die Eltern für die Rechnungen aufkommen, ist dies nicht weiter überraschend. Dennoch gilt auch für das Handy, dass hier die Jugendlichen mit ihren Erfahrungen federführend am Unterricht mitwirken konnten. Alle hören zu, wenn ein Schüler erzählt, wie er eine Rechnung von über 900 Euro verursachen

Problemen letztendlich oft nur wenig zu tun. Ich habe außerdem das Gefühl, dass Jugendliche im Alter von 14 Jahren den Wert eines Handys, das am Markt regulär 700 Euro und mehr kostet, nicht zu schätzen wissen. Jedenfalls sieht es für mich so aus, als würden sie mit einem Notebook – das ja im Endeffekt dasselbe ist – sorgsamer umgehen.

Sollten die Eltern hier konsequenter durchgreifen? Was können sie tun?

Ich weiß nicht, ob man zum Thema Jugendliche und Handyvertrag jetzt noch viele gute Tipps geben kann. Ich glaube, dass der Zug in diesem Alter bereits abgefahren ist. Heute ist es gar nicht mehr möglich, seinem Kind kein Handy zu geben. Damit würde man es vermutlich gesellschaftlich ins Aus katapultieren. Umgekehrt bin ich, was die Kosten und das Risiko anbelangt, der Meinung, dass die Kinder da viel zu viel Verantwortung und viel zu viel Risiko in die Hand bekommen. Mit 14 Jahren können sie das einfach noch nicht abschätzen. Aus meiner Sicht vernünftiger wäre es, günstigere Handys, vielleicht ältere Modelle zu verwenden und keine Verträge anzumelden, sondern eher auf die Wertkartenschiene zu gehen. Der monatliche Tarif ist oft günstiger.

„Das Problem ist nicht, dass die Jugendlichen zu sorglos sind, sondern dass sie zu wenig Informationen haben.“



AK-Konsumentenberaterin Sandra Leichte, BBA

konnte, und alle wollen schlussendlich auch wissen, ob diese Rechnung bezahlt werden musste und von wem sie bezahlt wurde.

Sind unsere Jugendlichen sorgloser im Umgang mit Smartphones?

Nein. Im Gegenteil. Hier ist es ganz klar so – und das geben sie auch selber häufig zu –, dass es ihnen egal ist. Ihre Eltern kommen für ihre Rechnungen auf und deswegen ist für sie auch nicht entscheidend, ab wann welche Kostenbeschränkungs- oder Roamingverordnungen greifen. Sie haben mit der Zahlung von diesen

Ich bin nicht gebunden und zahle keine Aktivierungsgebühren oder Pauschalen. Diese Kostenersparnis reicht meist aus, um sich ein Handy am freien Markt zu besorgen. Es ist nicht immer billiger, einen Vertrag abzuschließen.

Was können Sie Eltern oder Lehrern raten in Bezug auf den Umgang mit Smartphones und Sozialen Medien?

Was sicher ganz wichtig ist, ist, dass sich alle Betroffenen mit den Themen Internet, Social Media und Smartphone auseinandersetzen. In einer Schulklasse mit 30 Schülern sind im Schnitt 28 auf Facebook und haben WhatsApp und chatten laufend in diesen oder ähnlichen Programmen. Daher finde ich es sehr ungünstig, wenn weder die Lehrer noch die Eltern ein Auge darauf haben, was die Jugendlichen tun. Ich bin der Meinung, dass Social Media-Erziehung heute Schulstoff sein sollte und dass sich Eltern von Ihren Kindern regelmäßig zeigen lassen sollten, was sie konkret machen. Mit diesem Schulungsmodul machen wir einen ersten Schritt in diese Richtung.

Sie haben was zu sagen?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu einem Thema in dieser Ausgabe der AKtion per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at.

Ganz Ohr: Kindern Lesefreude schenken



Die AK-Bibliotheken bieten ein breites Programm speziell für Kinder an.

In Zusammenarbeit mit den Partnern Katholisches Bildungswerk Vorarlberg, Landesbüchereinstelle Vorarlberg, Bibliothek Verband Vorarlberg und der Caritas veranstaltet die AK-Bibliothek Feldkirch die Aktion „Ganz Ohr“. Dabei geben Paten ihre eigene Freude an Literatur an Kinder weiter und entdecken mit Kindern im Alter von zwei bis sechs Jahren die Welt der Bücher. Die Veranstaltung wird zwei Mal, am 8. Mai und am 5. Juni, in der AK-Bibliothek Feldkirch, von 15.30 bis 16 Uhr durchgeführt und ist kostenlos. Um eine telefonische Anmeldung, spätestens bis zum Vortag der Veranstaltung, wird gebeten.

i *Anmeldung:*
AK-Bibliothek Feldkirch,
050/258-4510

Vorlesen für Kinder von drei bis sechs

Immer dienstags, von 16 bis 16.30 Uhr, kann die AK-Bibliothek Bludenz von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren mit Begleitung gestürmt werden. Mit Bilderbüchern, Erzählungen und Wortspielen soll die Lust an der Sprache und die Neugierde auf Bücher in den Kleinen geweckt werden. Im Anschluss kann im vielfältigen Medienprogramm der AK-Bibliothek gestöbert werden. Der Eintritt ist frei, die nächste Veranstaltung findet am 6. Mai statt.

i *Anmeldung:*
AK-Bibliothek Bludenz,
050/258-4550

Buchtipps

Wie Monsanto die Welt der Gentechnik verändert

Ein alarmierender Report über die umstrittenen Aktivitäten des global agierenden Biotech-Riesen Monsanto. Der amerikanische Konzern ist weltweiter Marktführer auf dem Gebiet der Biotechnologie und gleichzeitig eines der umstrittensten Unternehmen des modernen Industriezeitalters. 90 Prozent der heute angebauten gentechnisch veränderten Organismen sind Monsanto-Patente (darunter Soja, Raps, Mais und Baumwolle). Die meisten Produkte wurden gentechnisch verändert, um gegen den Einsatz des eigenen Unkrautvernichtungsmittels Roundup resistent zu sein, welches als Vorzeigeprodukt der Firma gilt und das seit 30 Jahren meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel der Welt ist. Über kurz oder lang scheint der Konzern die gesamte Nahrungsmittelkette zu kontrollieren. In ihrem brisanten Buch schildert die Journalistin Marie-Monique Robin, welche Gefahren von den Produkten und der Macht des Konzerns ausgehen.

Marie-Monique Robin
Mit Gift und Genen



Goldmann-Verlag
München, 508
Seiten, kartoniert,
ISBN 978-3-442-
15622-1, 9,95
Euro

So schnell wie noch nie: ECDL-Standard-Lehrgang – Windows 7 und Office 2010 kompakt

In sieben Wochen zum ECDL-Standard

Das AK-Bildungcenter bietet mit einem neuen Vormittags-Lehrgang die Möglichkeit, so schnell wie noch nie zum ECDL-Standard zu gelangen.

Mit dem ECDL-Standard-Lehrgang erwerben Sie umfassende Kenntnisse über Windows und das gesamte Office Paket. Neben den im Büroalltag wichtigsten Office-Modulen ist jetzt mit „Online Zusammenarbeit“ ein neues Modul im Lehrgang enthalten. Dabei geht es um Bereiche wie Cloud Computing, Soci-

al Media und auch mobile Endgeräte. Durch den ECDL-Standard erlangen Sie ein europaweit anerkanntes Zertifikat, das Ihre EDV-Kompetenzen im Bereich Windows und Office bestätigt.

Der Lehrgang findet vom 7. Juli bis zum 20. August, jeweils von Montag bis Freitag, von 8.30 bis 11.30 Uhr im AK-Bildungcenter in Feldkirch statt.

i *ECDL-Standard: Regina Knecht,*
050/258-4030
regina.knecht@ak-vorarlberg.at



Mit dem ECDL-Standard-Zertifikat steht dem beruflichen Erfolg nichts mehr im Weg.

Stressfaktor: Lärm im Büro unterschätzt

Ein erhöhter Schallpegel im Büro kann der Gesundheit zu schaffen machen, wie der Mediziner und Psychologe Markus Meis vom Hörzentrum der Universität Oldenburg herausgefunden hat. „Seit Großraumbüros in Unternehmen immer beliebter werden, wächst das Problem.“ Die Leistungsfähigkeit von Mitarbeitern könne durch Bürolärm um fünf bis zehn Prozent sinken. Größter Störenfried seien Gespräche von Kollegen. Ein Büro ist beim Thema Lärm zwar nicht mit einem Stahlwerk zu vergleichen. Lärm im Büro habe aber eine andere Dimension: Er wirkt sich auf das vegetative Nervensystem aus. Lärm ist demzufolge ein Stressfaktor. Der Blutdruck kann steigen, es kann zu Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen kommen, zu Muskelverspannungen, zu Empfindlichkeiten im Magen- und Darmbereich oder zu Schlafstörungen. Lärmempfinden ist sehr individuell und durchaus messbar. Der Experte hat gemessen, wie die Leistungen des Arbeitsgedächtnisses am Schreibtisch nachlassen, wenn sich zwei Kollegen in unmittelbarer Nähe unterhalten.

Ihre Ratgeber bei einer Kündigung

Sie wurden von Ihrem Arbeitgeber gekündigt oder wollen selbst kündigen? Dann gibt es einiges zu beachten. In der AK-Broschüre „Kündigung“ finden Sie hilfreiche Tipps und Informationen, die Sie über das Thema wissen müssen.



In manchen Fällen kommt es zu einem vorzeitigen Austritt aus dem Arbeitsverhältnis. Was Sie in solch einem Fall beachten und wissen müssen, erfahren Sie in der gleichnamigen Broschüre der AK Vorarlberg.



Bei einer einvernehmlichen Auflösung sind sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Beendigung eines Dienstverhältnisses einig. Was es dabei zu beachten gilt, erfahren Sie in der AK-Broschüre „Einvernehmliche Auflösung“.



☎ Telefon 050/258-8000, bestellen@ak-vorarlberg.at



Architektur Wettbewerb: Die VN und die AK Vorarlberg haben einen Gestaltungswettbewerb für Architekten ins Leben gerufen.

„Vorarlberg Haus“: Ist günstig bauen möglich?

Wo liegt die Schmerzgrenze für Vorarlbergs Häuslebauer und Wohnungskäufer, was kann sich eine junge Familie leisten? Die derzeitigen Preise am Immobilienmarkt des Landes jedenfalls können sie nur mit größten Mühen zahlen – wenn überhaupt.

Mit der neuen Wohnbauförderung wurde ein erster wichtiger Schritt getan. Seit 1. April können Förderwerber nun zielgenauer und sozial gerechter bei ihren Plänen unterstützt werden. Damit wird die in den vergangenen Jahren immer weniger angefragte Landesförderung wieder an Attraktivität gewinnen, ist sich der Direktor der Arbeiterkammer Vorarlberg, Rainer Keckeis, sicher: „Das war ein erster wichtiger Schritt, weitere müssen folgen.“ Gedreht wird auch an der Vorschriftenschraube. Welche der 54 Vorschläge einer Vorarlberger Expertenrunde vom Österreichischen Bauinstitut umgesetzt werden, ist noch nicht klar. Bei einer Klausur in Kärnten haben die Mitarbeiter des Institutes signalisiert, dass ein großer Teil umsetzbar sei. Das Land wird dann entscheiden, ob man weiter mit den OIB-Richtlinien leben kann oder ob es

eine eigene Vorarlberger Bauordnung braucht, so Landesstatthalter Karlheinz Rüdiger zur weiteren Vorgangsweise.

Gefordert ist aber nicht nur der Gesetzgeber. Die Vorarlberger Nachrichten und die Arbeiterkammer haben deshalb einen Gestaltungswettbewerb für Architekten ins Leben gerufen, der zeigen soll, dass preisgünstiger Wohnbau nicht bedeutet, dass die Qualität leidet.

Kreative Ideen gesucht

Sowohl baukünstlerisch wie technisch und in der Energieeffizienz erhoffen sich die Auslober Vorarlberger Nach-

richten und Arbeiterkammer Vorarlberg neue und vor allem umsetzbare Ideen im Wohnbau. Im Wettbewerb werden die besten Ideen für ein Haus oder eine Wohnung gesucht, die nicht mehr als 250.000 Euro kosten. „Wir sind davon überzeugt, dass kreative Planer Vorschläge machen, die Bauen für Vorarlberger leistbar macht“, so Keckeis zu den Intentionen des mit 20.000 Euro dotierten Wettbewerbs, dessen Ergebnisse im September mit einer Ausstellung in der Arbeiterkammer in Feldkirch und einem VN-Extra vorgestellt werden.

Architektur Wettbewerb



Einfamilienhaus

Verdichtete Bauweise

Eine Initiative von  

Sicherheitstipp

Abstürze vermeiden

Bei Abstürzen auch aus relativ geringen Höhen werden große Energien frei. Diese aufzunehmen, dafür ist der menschliche Körper nicht gebaut. Bereits im Februar 2013 wurden in der Aktion Tipps zur Absturzsicherung gegeben. Wegen der Häufigkeit der Zwischenfälle und aus aktuellen Anlässen wird das Thema nochmals vertieft. In Arbeitsstätten müssen alle Bereiche, von denen Mitarbeiter mehr als einen Meter abstürzen könnten, durch ein ein Meter hohes Geländer mit Mittelstange gesichert werden. Bei Absturzhöhen über zwei Meter muss das Geländer zusätzlich eine Fußleiste aufweisen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bauordnungen zum Schutze von Kindern schärfere Vorschriften beinhalten. So muss das Durchschlüpfen und das Übersteigen von Geländern verhindert beziehungsweise erschwert werden. Öffnungen und Vertiefungen in Fußböden müssen tragsicher und unverschiebbar abgedeckt werden. Besonders tückisch sind nicht begehbare Teilflächen von Dächern wie zum Beispiel Dachfenster. Durch Abtrennungen oder Geländer ist der Gefahr des Durchbruches zu begegnen. Zur Sicherung der Absturzstellen bei Bauarbeiten gibt es detaillierte Vorschriften.



Mag. Dr. Robert Seebayer, 05574/78601



Geländer auf Baustellen, insbesondere auf Dächern retten Leben.

So müssen Gerüste standsicher sein und entsprechend verankert werden. Die Gerüstbeläge müssen genügend tragfähig sein. Gesonderte Regelungen gibt es für das sichere Arbeiten auf Dächern (Flach- und Giebedächer). Fangnetze beziehungsweise Anseilschutz als Ersatz für Wehren und Geländer dürfen nur in Ausnahmefällen, die in der Bauarbeiter-schutzverordnung angeführt sind, zum Einsatz gelangen.

 www.arbeitsinspektion.gv.at

Meine Meinung zum Thema

Postgebühr zahlt Empfänger

An die
AK Vorarlberg
Redaktion AKtion
Widnau 2–4
6800 Feldkirch

Name / Adresse

Ihre Zuschriften werden belohnt

Ihre Meinung, bitte!

Eine lebendige Zeitung für alle Arbeitnehmer in Vorarlberg lebt vom Dialog. Ihre Meinung ist uns viel wert.

Die Rubrik „Leserforum“ auf Seite 2 steht ganz im Zeichen Ihrer Meinung und Anregungen. Schreiben Sie uns zu einem der Themenbereiche Arbeit, Bildung und Konsumentenschutz einen Leserbrief und gewinnen



Sie mit etwas Glück einen kabellosen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“ von fitbit. Das Porto übernehmen wir, wenn Sie den Kupon links verwenden. Sie können uns aber auch eine E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at senden. Bitte beachten Sie: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der Absender muss zumindest der Redaktion bekannt sein.

Hier einige Themen aus dieser Ausgabe der AKtion, zu denen uns Ihre Meinung besonders interessiert: die kalte Progression (Seite 3), die horrenden Handyrechnungen (Seiten 6 und 7), die Mogelpackung des Monats (Seite 9), das Ergebnis des Computer-Tests (Seite 10) und der Umgang mit Sozialen Medien beziehungsweise Smartphones (Seite 11).

Gewinnen Sie einen Aktivitäts- und Schlaf-Tracker „The One“!